6. Jahrgang — Nr. 110 Freitag, 12. Mai 1922

Volksstimme

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung
für Halle
und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Fernruf: Nr. 6602, Eisleben 302 Sprechstunden unserer Eislebener Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, mit den wöchentlich wechselnden Beilagen: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend." Sämtliche Postämter, Filialexpeditionen und die Hauptgeschäftsstelle nehmen Bestellungen an. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten. Meldungen von Bedeutung werden an Werktagen zu jeder Tageszeit entgegengenommen. Redaktions-Sprechstunde in Halle: vorm. von 11—12 Uhr.

Verlag in Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. Fernruf 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis monatlich 18.50 Mk. und 2.50 Mk. Zustellungsgebühr. Durch die Post bezogen oder für Selbstabholer 19.50 Mk. einschließlich Nebengebühr. Anzeigenpreise: im Anzeigenteil 1,60 Mk. jeder Millimeter und Spalte; desgleichen als Reklame im Textteile 8.— Mk. Annahmetermin für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden in allen Fällen von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung. Die Einzelnummer der „Volksstimme" kostet 1.— Mark.

Rußlands Antwort.

Zu ernsthaften Konzessionen bereit.

Die Alliierten sollen auf den Ton des Siegers verzichten. — Die Idee der Gegenseitigkeit. — Die russische Regierung entschlossen, die Interessen der Kleinbesitzer zu achten. — Einsetzen eines Sachverständigenausschusses. — Das Hindernis der Konferenz. — Versicherung der versöhnlichen Absichten.

Genua, 12. Mai. Gestern wurde die Antwortnote der russischen Delegation auf das Memorandum vom 2. Mai übergeben. Sie polemisiert in sehr eingehender Länge gegen die im Memorandum ausgesprochenen Auffassungen. Das von der Genueser Konferenz erhoffte Ziel der Erleichterung der Lage Rußlands wie ganz Europas setze voraus, daß **die Alliierten auf den Ton des Siegers Rußland gegenüber verzichteten.** Rußland wolle eine Einigung durch ernsthafte Konzessionen erleichtern, falls gleichwertige Gegengaben geboten würden, eventuell unter gegenseitiger Annullierung der früheren Ansprüche. Die gründliche Durchberatung der Rußland betreffenden Kredit- und Finanzstreitfragen durch eine Sachverständigenkommission wird freigestellt. **Rußland verlangt, daß die Idee der Gegenseitigkeit hochgehalten wird.**

Das ist der wesentliche Extrakt der Note, die wir, da ihre Wiedergabe ca. zwei Druckseiten umfassen würde, aus Raumgründen leider hier nicht wiedergeben können. Dagegen lassen wir nachstehend die sehr bemerkenswerten Schlußsätze der Note im Wortlaut folgen:

Die russische Regierung hat ihre Vertreter auf die Konferenz von Genua geschickt in der Hoffnung, hier mit den anderen Staaten zu einer Einigung zu gelangen, die, ohne an den als Folgen der Revolution und der siegreich zurückgewiesenen Intervention aufgestellten sozialen und politischen Regimes zu rühren, nicht zu einer Erschwerung, sondern zu einer Erleichterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Rußlands führt und gleichzeitig den Weg zu einer Erleichterung der wirtschaftlichen Lage Europas freimachen würde. **Aber dies Ziel setzt voraus, daß die alliierten Mächte, die die bewaffnete Intervention in Rußland organisiert haben, darauf verzichten würden, zu Rußland im Tone eines Siegers gegenüber einem Besiegten zu sprechen. Rußland bleibt, um zu einer Einigung zu gelangen, bereit, den fremden Mächten ernsthafte Konzessionen zu machen, aber durchaus nur unter der Bedingung, daß diesen Konzessionen gleichwertige Konzessionen des anderen Teiles zugunsten des russischen Volkes entsprechen.** Das russische Volk würde kein Abkommen annehmen können, in dem nicht die Konzessionen durch wirkliche Vorteile aufgewogen würden. Ein anderer, durch die Schwierigkeiten der Situation nahegelegter Ausweg wäre eine gegenseitige Annullierung der aus der Vergangenheit zwischen Rußland und den anderen Mächten entsprechenden Ansprüche und Gegenansprüche. Aber auch in diesem Falle ist die russische Regierung noch entschlossen, **die Interessen der Kleinbesitzer zu achten.** Falls aber die Mächte sich doch noch mit der Lösung der zwischen ihnen und Rußland anhängigen finanziellen Streitpunkte beschäftigen wollen, so könnte, da diese Frage ein gründliches Studium der Art und Ausdehnung der an Rußland gerichteten Ansprüche und eine gerechtere Erwägung der Rußland zu gewährenden verfügbaren Kredite erfordert, diese Aufgabe einem von der Konferenz ernannten Sachverständigenausschuß übertragen werden, dessen Arbeiten zu einer Zeit und an einem Ort begonnen würden, welcher durch gemeinsames Abkommen zu bestimmen wäre. Die russische Delegation stellte fest, daß **das große Hindernis, das den Fortgang der Konferenzarbeiten bisher gehemmt hat, auf dem Umstande beruht hat, daß die oben ausgesprochene Idee der Gegenseitigkeit noch immer nicht von allen Mächten hinreichend geteilt wird.** Die russische Delegation kann jedoch nicht umhin, zu betonen, daß die Besprechungen, die stattgefunden haben, einer engeren Annäherung zwischen Sowjetrußland und den fremden Mächten den Weg geöffnet haben. Die russische Delegation gibt daher der Ansicht Ausdruck, daß bei der Lösung zwischen ihr und den fremden Mächten anhängigen finanziellen Schwierigkeiten hervorgetretene Meinungsverschiedenheiten nicht hindern dürfen, daß die anderen alle Länder interessierenden Probleme zuallererst für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und Rußlands und die Festigung des Friedens in Genua gelöst werden können und müssen. Rußland ist auf die Konferenz mit versöhnlichen Absichten gekommen und gibt sich auch weiter der Hoffnung hin, daß das Streben in dieser Hinsicht von Erfolg gekrönt sein wird.

*

Obwohl ausführliche Meldungen über die offizielle Aufnahme der russischen Note noch nicht vorliegen, darf doch mit Bestimmtheit angenommen werden, daß sie den einladenden Mächten, einschließlich Frankreich und Belgien als geeignete Grundlage zu weiteren Verhandlungen erscheint. Die Note legt großen Wert darauf, festzustellen, daß Genua nur dann von Erfolg gekrönt sein wird, wenn die Entente endlich die Position des Siegers gegenüber den Besiegten verläßt, wenn also die Idee der Gegenseitigkeit hochgehalten wird. Es ist erfreulich, daß die russische Delegation das den einladenden Mächten an mehreren Stellen der Note sehr nachdrücklich sagt. Weiter interessiert die erneute Versicherung der unbedingten Versöhnlichkeit Rußlands, das Zugeständnis weitgehender Konzessionen und der Willensausdruck, die Interessen der Kleinbesitzer zu achten. Das bedeutet vom bolschewistischen Standpunkt eine Durchbrechung des Prinzips und eine Verneinung der kommunistischen Revolution. Die russische Regierung gibt damit zu, daß sie auf dem bisherigen Wege nicht zum Ziele kommt, daß sie Konzessionen an die bürgerliche Wirtschaftsform machen muß. Es ist also nicht einzusehen, warum die Alliierten sich mit Rußland nicht einigen sollten. Daß alles dafür spricht, beweisen auch schon die kurzen nachstehenden Meldungen.

Die durch die russische Antwort geschaffene Lage

Günstige Auffassung in englischen und italienischen Kreisen. — Genügend Punkte für weitere Verhandlungen. — Weitere Dauer der Konferenz um einen Monat?

Genua, 12. Mai. (Spezialbericht des Vertr. d. WTB.) Der Privatsekretär Lloyd Georges, Grigg, äußerte sich wegen der russischen Antwortnote u. a.: Es ist noch zu früh, um ein endgültiges Urteil abzugeben. **Einige Seiten des Dokumentes sind ebensoviel wert, wie die Papierrubel der russischen Revolution.** Die Russen wollen, bevor sie annehmen, wissen, welches die wirklichen Kredite sind, die sie erhalten sollen. **Sehr befriedigend ist es, daß Rußland seinen Wunsch nach Frieden kundtut, und sich bereit erklärt, Teilnehmer eines Weltfriedenspaktes zu werden.** Jetzt prüfen die Delegationen jede von sich aus die Antwort, und es werden unformelle Besprechungen folgen. Hierauf wird die Unterkommission der ersten Kommission tagen. Auf jeden Fall bildet **das russische Dokument die Grundlage für eine Antwort durch die Unterkommission.**

Berlin, 12. Mai. Laut Blättermeldung aus Genua sieht man dort in englischen und italienischen Kreisen die durch die russische Antwortnote geschaffene Lage als günstig an. Die russische Note gebe genügend Punkte zu weiteren Verhandlungen. Auf italienischer Seite glaubt man mit einer weiteren Dauer der Konferenz von einem Monat rechnen zu müssen.

*

London, 12. Mai. Schatzkanzler Horne teilte im Unterhause mit, die Regierung wolle völlig klargestellt sehen, daß sie nicht bereit sei, der Sowjetregierung eine Anleihe zu gewähren.

Die Lage der Landarbeiter.

Von E. Brandenburg, M. d. L.,
Gauleiter des deutschen Landarbeiterverbandes.

Unter obigem Stichwort polemisiert das geschäftsführende Vorstandsmitglied der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände beim Tarifamt Sachsen-Anhalt, Herr Bohne aus Halle, in der „Landwirtschaftlichen Umschau" der Magdeburgschen Zeitung vom 22. April, wie auch in der Nr. 16 des „Landbund Provinz Sachsen", gegen die vom Verfasser gelegentlich der Beratung des Landwirtschaftsetats im preußischen Landtage gemachten Ausführungen, Landarbeiterverhältnisse betreffend.

In echt Bohne'scher Manier und bis aufs höchste gesteigerter Bohne'scher Schnoddrigkeit werden Ausdrücke wie: „Unrichtigkeiten," „Grobe und faustdicke Unwahrheit," „Demagogie," „Grobe Täuschung" u. dergl. angewandt, um unangenehme Wahrheiten in das Gegenteil umzuschwa—, na, sagen wir umzuschwafeln. Besonders hat es Herrn Bohne meine Feststellung angetan, daß sich die Preise für Weizen gegen 1913 um das 60,8fache, für Roggen um das 53,1fache gesteigert hätten. Dagegen gilt es nun loszuziehen. Und wie macht Herr Bohne dies? Da er gegen die Richtigkeit dieser Zahlenangaben nicht auszukommen vermag, macht er sich einen Popanz zurecht und schlägt auf diesen los. Das war Herrn Bohne zu verzeihen, so lange er keine Kenntnis vom genauen Inhalt meiner Ausführungen hatte. Nachdem ihm aber das Stenogramm vorgelegen hat, und er trotzdem nicht den einfachsten Pflichten des Anstandes nachzukommen vermag, sehe ich mich veranlaßt, mich vor der Oeffentlichkeit mit der Bohneschen „Beweisführung" zu befassen. Wie schon gesagt, vermag Herr Bohne gegen die Richtigkeit der Zahlenangaben nicht anzukommen, um aber polemisieren zu können, redet er von der Umlage und deren Preisfestsetzung, von dem Abgang der sich durch Saat, durch Verwendung als Futter und durch Deputatgewährung ergibt und kommt auf solche Weise zu dem erwünschten Ergebnis, daß „als mittlerer Durchschnittspreis" nur eine Steigerung auf das fünfunddreißigfache des Friedenspreises herauskomme. Finden Sie nicht auch, Herr Bohne, daß die Beweisführung auf der ähnlichen „Höhe" steht, wie das s. Zt. vom Landbund der Prov. Sachsen herausgegebene Flugblatt „Gegen den Brotwucherschwindel", nach welchem die Landwirtschaft auf jedes Brot 95 Pfg. drauflege, und über das, um im Volksmunde zu reden, alle Kühe gelacht haben? Ich rede von dem Marktpreis für Getreide und Herr Bohne erzählt schließlich etwas über das Pfingstfest.

Aehnlich so ergeht es Herrn Bohne mit der Polemik gegen meine Feststellungen über die Steigerung der Landarbeiterlöhne. Ich bringe in Gegenüberstellung den Lohnstand von 1913 und den vom Ende 1921 und greife als Vergleichsobjekt neben anderen Kreisen außerhalb der Provinz Sachsen den Kreis Wanzleben, also einen der Kreise mit den höchsten Löhnen innerhalb der Provinz Sachsen, heraus. Dagegen rennt Herr Bohne nun an, indem er den für Wanzleben angeführten Zahlen die des Reg.-Bez. Merseburg entgegensetzt. Nein, Herr Bohne, immer hübsch bei der Stange bleiben! Nehmen wir den Kreis Wanzleben und untersuchen den Grad der Lohnsteigerung. Im Jahre 1913 bestand dort ein Wochenlohn von 16 Mk., also ein Jahreslohn von 832 Mk., dazu die Martini-Gratifikation in Höhe von 90 Mk., also 922 Mk. bar, wozu an Deputaten kommen: ¾ Morgen Acker (damaliger Wert 90 Mk), Gespannstellung (25 Mk. Wert), Strohnutzung (15 Mk. Wert), 25 Ruten Garten (25 Mk. Wert), 12 Ztr. Getreide à 9 Mk. = 108 Mk., insgesamt 263 Mk. oder rund gerechnet mit dem Barlohn von 922 Mk. zusammen 1185 Mark. **Dagegen betrug Ende 1921 der tarifliche Gesamtlohn im Kreise Wanzleben, den ich vergleichsweise angeführt hatte, 13 379,75 Mk., was einer Steigerung um das 11,3fache gleichkäme.** Da meine im Landtage gemachten Feststellungen nach einem etwas anderen Schlüssel aufgemacht waren, der, wie ich ausgeführt hatte, eine Steigerung um das 10,9fache ergab, so ergibt sich die geringfügige Differenz von einem 0,4fachen der Steigerung. Herr Bohne errechnet nun aber eine Steigerung der Landarbeiterlöhne um das 44fache! Untersuchen wir an einigen Positionen, wie er zu diesem Ergebnis kommt: Einen Morgen Kartoffelacker berechnet er mit 10 000 Mk. In dem mir von Herrn Bohne freundlichst überlassenen Schlüssel für seine Berechnungen finde ich über die Art seiner Berechnung folgendes: 1 Morgen Kartoffelland = 50 Ztr. Kartoffeln à 100 Mk. = 1000 Mk. (!) Abgesehen von diesem Rechenfehler, der einem 10jährigen Schulbuben im Rechnen die Zensur 5 eintragen würde, ergibt diese Rechnung berichtigt immer nur 5000 Mk. Herr Bohne, woher nehmen Sie die restlichen 5000 Mk., aus der Luft etwa? Zwei Gespanntage figurieren mit einem Wert von 1080 Mk., der Ztr. Weizen mit 830, Roggen mit 600, Gerste mit 700 Mk. Aber, verehrtester Herr Bohne, warum denn so schüchtern? Sie könnten doch noch zu ganz anderen Ergebnissen kommen, wenn Sie nicht „nur" 10 000 Mark für den Morgen Kartoffelacker nähmen, sondern gleich 20 000 Mk. Viel falscher würde Ihre Rechnung [illegible]

An alle sozialistischen Parteien!

Genossen! Am 23. Mai soll der Prozeß der inhaftierten Sozialrevolutionäre vor dem Revolutionstribunal in Moskau eröffnet werden. Um die russische Kommunistische Partei daran zu hindern, ihre politischen Gegner abzutun, senden der internationale Sozialismus und das Weltproletariat ihre Vertreter nach Moskau, deren Anwesenheit bei den Gerichtsverhandlungen eine Garantie für die Gerechtigkeit geben soll. Gleichzeitig mit der Entsendung der Vertreter des internationalen Sozialismus wendet sich die auswärtige Delegation der Partei der Sozialrevolutionäre mit einem Aufruf an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften der Welt, damit sie mit angespannter Aufmerksamkeit die Machenschaften der Sowjetgewalt bei ihrem Racheversuch verfolgen. Wir fordern den internationalen Sozialismus auf, am Tage des Prozesses seine Stimme zu erheben und den Vergewaltigern zu erklären:

Der internationale Sozialismus ist auf der Hut! Der internationale Sozialismus verfolgt Eure Handlungen! Der internationale Sozialismus wird an den Gefangenen der Kommunistischen Partei weder Rache noch Vergewaltigungen zulassen.

Die auswärtige Delegation der Partei der Sozialrevolutionäre:
Zenzinoff. Rubanowitsch. Russanoff.
Suchomlin. Tschernoff.

Deutsche Note und Reparationskommission.

Günstiger Eindruck. — Vor Gewährung einer internationalen Anleihe an Deutschland.

Berlin, 12. Mai. Die deutsche Note hat auf die Reparationskommission einen günstigen Eindruck gemacht und wird dort als befriedigend angesehen. Reichsfinanzminister Dr. Hermes wird morgen mittag nach Paris abreisen, um dort die Besprechungen mit der Reparationskommission aufzunehmen, von denen man erwartet, daß sie die Voraussetzungen für die **Gewährung einer internationalen Anleihe an Deutschland** schaffen.

Die Voss. Ztg. meldet aus Paris, daß der Reparationsausschuß sich auf die Ansicht geeinigt habe, die deutsche Antwort auf die Note der Reparationskommission vom 13. April gestatte einen Meinungsaustausch mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und Staatssekretär Bergmann, ohne daß vorher eine Note der Kommission an Deutschland gehe. Der Meinungsaustausch soll zunächst nur offiziösen Charakter tragen.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurden für die Verbilligung des Auslandsgetreides für die Brotversorgung 953 Millionen Mark bewilligt. Abg. Hammer (Dntl.) forderte Einfuhrerlaubnis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220512-14/fragment/page=0001

doch nicht mehr werden können! Aber gegen derartige phantastische Zahlenspielerei verlohnt es sich ja wirklich nicht, mit ernsthaften Argumenten anzugehen.

Zum Schluß nur die eine Gesamtbewertung Ihres Machwerks: Wäre ich Ihr Arbeitgeber oder Vorgesetzter, so würde ich Sie schon allein wegen dieser Stümperei als völlig unfähig entlassen, auch wenn ich für 6 Monate Ihr Gehalt nachzuzahlen hätte.

Ein Rekord der Roten Fahne.

Unter den deutschen Rechtsanwälten, die zur Verteidigung der von der Sowjetregierung angeklagten russischen Sozialrevolutionäre für die Prozeßverhandlung in Moskau zugelassen sind, befindet sich, wie bereits gemeldet wurde, auch Theodor Liebknecht, der Bruder des ermordeten Karl Liebknecht. Er hat sich bereit erklärt, die Opfer des bolschewistischen Terrors in der Hauptstadt der Sowjetrepublik mit zu verteidigen, obwohl er früher, genau wie sein Bruder, mit dem er bis zu dessen Tode stets auch im politischen Kampf treu zusammenhielt, ein eifriger Anhänger der Sowjetidee gewesen ist. Das hält jedoch das Zentralorgan der deutschen Kommunisten, die „Rote Fahne", nicht ab, wegen dieser Bereitschaft nichtswürdige Schmähungen wider ihn auszustoßen. In einem spaltenlangen Artikel wird der Bruder Karl Liebknechts als „kleiner Rechtsanwalt ohne Gehirn und ohne irgendwelche Bedeutung", der nichts sei als der Erbe des Namens der revolutionären Familie der Liebknechte, gebrandmarkt. Daß er als Vormund der Kinder seines toten Bruders sich geweigert hat, russisches Geld für die Erziehung der Kinder anzunehmen, wird ihm noch besonders als Verbrechen angerechnet. Als „Philister", „Winkeladvokat" und mit ähnlichen taktvollen Ausdrücken wird er dafür von der „Roten Fahne" belegt. Am Schlusse aller dieser Schmähungen aber heißt es:

Karl Liebknecht liegt unter dem Rasen, der zum vierten Male über seinem Grabe grünt; er kann nicht als Ankläger in dem S.R.-Prozeß auftreten und er kann nicht seinem leiblichen Bruder ins Gesicht sagen, was er über ihn denkt. Die deutschen Arbeiter werden es ihm sagen, und die russischen Genossen sollen es ihm sagen, dem Verteidiger der Mörder Karl Liebknechts!

Diese Sätze enthalten wohl das Aergste, was an politischer Hetze gegen einen Mann, der nichts als eine Gewissenspflicht erfüllen will, geleistet worden ist. Mit welchem Recht und zu welchem Zweck nennt die „Rote Fahne" den Rechtsanwalt Theodor Liebknecht den Verteidiger der Mörder seines Bruders? Die russischen Sozialrevolutionäre, die er den Klauen der Moskauer Blutjustiz entreißen will, hatten nie das Geringste gemein mit jenen entmenschten Reichswehrsoldaten, die den wehrlosen Karl Liebknecht erschlugen. Was also soll die Verkoppelung? Will man die russischen Terroristen auf Theodor Liebknecht hetzen, damit ihm in Moskau dasselbe geschieht wie seinem Bruder Karl im Berliner Tiergarten? Tückisch genug ist die „Rote Fahne" dazu. Wenn sie sich aber auf die deutschen Arbeiter beruft, so soll ihr gesagt sein, daß die deutschen Arbeiter diese Fälschung ihrer Meinung mit Verachtung quittieren. Es gibt keine Sinnesgemeinschaft zwischen der weit überwiegenden Mehrheit der deutschen Arbeiter und den Leuten von der „Roten Fahne", die den Moskauer Terror verteidigen. Wenn Theodor Liebknecht zur Verteidigung der angeklagten Sozialrevolutionäre nach Rußland geht, so bezeugt er damit in den Augen der deutschen Arbeiter nicht nur den persönlichen Mut, der dazu gehört, sich in die Höhle des Löwen zu wagen, sondern er handelt auch ganz im Sinne seines großen Vaters und seines toten Bruders. Denn auch dieser hätte, lebte er noch, sich längst von den bolschewistischen Schändern der russischen Revolution, die er einst bewunderte, abgewandt, genau wie Rosa Luxemburg, die noch kurz vor ihrem Tode zu der Erkenntnis kam, daß es Mord an der Sache des Sozialismus war, was die Schreckensherrschaft in Moskau verübte.

Reichstag.

Der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

S. P. D. **Berlin, 12. Mai.**

Im Reichstag wurde gestern die Beratung des Haushaltes der Reichseisenbahn fortgesetzt. Der Reichsverkehrsminister nahm zweimal zu mehr oder weniger bekannten Ausführungen das Wort. Unter anderem bedauerte er noch einmal seine ablehnende Haltung zum Eisenbahnerstreik. Groener erklärte weiter, daß die Verwaltung bemüht ist, das Personal auf das notwendige Maß zu vermindern, daß das Gutachten des Reichsverbandes der Industrie den Personalbestand aber zu niedrig einschätzt. Die Kohlenversorgung sei eine seiner ernstesten Sorgen, und es solle alles geschehen, um sie sicherzustellen. Die Schwierigkeiten der Wagengestellung seien behoben. Auch der letzte Wagen könne gestellt werden, und wenn es nötig sei, darüber hinaus noch täglich 3000 andere. Jetzt komme alles darauf an, die Kohlenproduktion zu fördern; denn diese Zeit sei die beste, um die Vorräte abzutransportieren und der Industrie zuführen zu können. Die Haldenbestände seien seit dem 1. April auch schon wesentlich herabgegangen. Die Reparaturen der Lokomotiven machen gute Fortschritte. Es sind bereits 65 000 Tonnen Kupfer wieder eingebaut worden. Wenn die restlichen 35 000 noch eingebaut sind und auch die erforderlichen Kessel repariert sind, dann kann man davon sprechen, daß hinsichtlich der Lokomotiven die Schäden des Krieges beseitigt sind. Wir hoffen, daß wir bis zum 1. April nächsten Jahres diese Arbeit erledigt haben werden. Der neue Reichseisenbahnrat wird am 1. Juli zur Frage der Tarifpolitik seine Beratungen aufnehmen. Alle Wünsche auf Niedrighaltung der Personentarife werden wohlwollend geprüft werden. — Zum Schluß erklärte der Minister, er sei zwar ein Freund des gemischt-wirtschaftlichen Betriebs, aber es sei doch reiflich zu überlegen, inwieweit er auf die Reichseisenbahn Anwendung finden kann; denn hier handle es sich um ein zeitlich unbegrenztes und räumlich sehr ausgedehntes Unternehmen.

Das Urteil im Fechenbach-Prozeß.

Drei Angeklagte freigesprochen, der vierte zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

München, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Fechenbach-Prozeß fand heute durch das Urteil des Münchener Gerichts sein Ende. Die Schriftleiter der vier beklagten Blätter wurden wegen Beleidigung des Eisnerschen Sekretärs als schuldig befunden. Drei von ihnen wurden freigesprochen, da ihnen der Schutz des Paragraphen 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt wurde. Der Schriftleiter des „Bayerischen Vaterlandes" wurde wegen Aufforderung zum Mord, wegen des Vorwurfs der Bestechung und Landesverrat zu der lächerlich geringen Strafe von 500 Mark verurteilt.

Die Urteilsbegründung ist völlig im Sinne der Münchener Volksgerichte abgefaßt und verbreitet sich in langen Betrachtungen über die Schuldlosigkeit Deutschlands am Weltkriege. Tatsächlich ist weder die Unschuld, noch die Alleinschuld Deutschlands vor dem Münchener Gericht einwandfrei bewiesen worden. Er hat eine ganze Menge ungewollter Belastungen des alten Systems gebracht und schloß mit dem Nachweis, daß in München jeder Mensch ruhig die Ehre seiner Mitmenschen, wenn sie Sozialisten sind, in den Schmutz treten kann, da ihm jederzeit „berechtigte Interessen" zugebilligt werden.

Was sich Schmock alles aus den Fingern saugt.

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Ueber die Besprechungen, die über aktuelle politische Fragen von Zeit zu Zeit in der Reichskanzlei stattfinden, bringen bürgerliche Blätter oft ganz falsche Meldungen. Selbst ein schonenntes Weltblatt wie das „Berliner Tageblatt" bedient sich zur Information seiner Leser über diese vertraulichen Besprechungen eines Schmock, der sich im Bedarfsfalle 50 Zeilen einfach aus den Fingern zu saugen versteht. Ueber die Besprechungen, die am letzten Dienstag wegen der Beantwortung der Note der Reparationskommission stattfanden, bringt dieser Schmock in Nummer 217 des „Tageblattes" eine lange Ausarbeitung, die von keinem Teilnehmer der Besprechung herzurühren scheint, denn fast das ganze Personenverzeichnis seiner Notiz ist falsch. Nicht die Abgeordneten Moles und Remitz waren für die U. S. P., sondern Dittmann und Crispien, nicht der Abgeordnete Hergt für die Deutschnationalen, sondern Graf Westarp und Höfich, nicht Graf Bernstorff und Koch für die Demokraten, sondern der Abgeordnete Erkelenz, nicht der Finanzminister Hermes gab einen Ueberblick über die Grundlage der Beantwortung der Reparationsnote, sondern der Vizekanzler Bauer usw.

Wir hielten es für nötig, diese Methode systematischer Falschmeldungen einfach öffentlich anzuprangern, da solche Schwindelnachrichten auch zu „Informationen" an die bürgerliche Provinzpresse weitergegeben werden.

Der Ursprung der Dolchstoßlegende.

„Streikbrecher" und „Kriegsverlängerer".

In allen kriegshistorischen Klitterungen, die den „Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres" beweisen sollen, spielt die Geschichte eine große Rolle, wie in der verlorenen Schlacht vom 8. August 1918 den vorgehenden Divisionen von zurückgehenden Truppen die Worte „Streikbrecher" und „Kriegsverlängerer" zugerufen werden. Die Erinnerungen des Oberleutnants Niemann, die der „Tag" jetzt veröffentlicht, führen zur Quelle dieser Geschichte zurück. Nach der Schilderung Niemanns verlief eine Besprechung zwischen Ludendorff und Wilhelm II. nach der Schlacht in folgender Weise:

Der 1. Generalquartiermeister begann seine Ausführungen mit dem Zugeständnisse: „Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir eine schwere Niederlage erlitten haben!" Besonders besorgniserregend sei, so fuhr er fort, daß der kriegerische Geist bei einem Teil der Divisionen zu wünschen übrig lasse, da der angreifenden Division von Truppen, die aus vorderer Linie zurückkamen, die Worte „Streikbrecher" und „Kriegsverlängerer" zugerufen wären.

Der Kaiser entgegnete, er könne sich dem Eindrucke nicht verschließen, daß der Truppe zu viel zugemutet würde. Der Kronprinz teile diese Ansicht und wäre deshalb schon bei seinem kaiserlichen Vater vorstellig geworden. General Ludendorff widersprach. Es sei nachweisbar, daß die Divisionen unserer Gegner mindestens ebenso lange in den Kampfstellungen waren wie die unsrigen. Der letzte feindliche Angriff sei nachweisbar von Truppen geführt worden, die man keineswegs als frisch und ausgeruht bezeichnen könne. Das Versagen der 2. Armee am 8. August könne nicht mit einer Uebermüdung unserer Divisionen entschuldigt werden.

Der Berichterstatter selbst spricht ausdrücklich von dem Opfermut, den die Truppen in jenen Tagen betätigt hätten, und meint, Ludendorff habe die Tatsache verkannt, daß die feindlichen Truppen besser versorgt und weniger in Anspruch genommen waren als die deutschen.

Der Tatbestand ist somit klar. Noch unmittelbar vor dem 8. August hatte Ludendorff die Kriegslage, die die anderen als aussichtslos ansahen, glänzend geschildert. Der 8. August gab den anderen recht, ihm unrecht. Um sich herauszureden, schob der geschlagene Feldherr, seiner seitdem längst bekanntgewordenen Charakteristik entsprechend, die Schuld auf die gemeinen Soldaten und machte sich dabei Ausrufe des Unwillens zunutze, die da und dort tatsächlich gefallen sein mochten und die doch nichts anderes waren als unwillige Aeußerungen über alle Maßen gequälter Menschen. Seine Ausrede wurde ihm damals, wie aus Niemanns Bericht hervorgeht, einfach nicht geglaubt, heute aber glänzt sie in allen deutschnationalen Geschichtsfälschungen als Paradestück.

Prägung von 200 Millionen Mark in 50 Pfg.-Stücken.

Berlin, 12. Mai. Der Reichsrat hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Ministers Genossen Dr. Köster eine öffentliche Sitzung ab. Die Entwürfe zur Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren gingen an die Ausschüsse. Entsprechend einem Vorschlag des Reichsarbeitsministers soll die Unterabteilung des Reichsarbeitsministeriums für die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen an das Reichsamt für Arbeitsvermittlung übergehen. Beschlossen wurde die Prägung von 200 Millionen Mark in 50 Pfg.-Stücken aus Aluminium. Einverstanden erklärte sich der Reichsrat damit, daß die Verteilung von 600 Millionen Mark Entschädigung der Gemeinden für den durch Wegfall der Besteuerung des Mindestkommens erlittenen Ausfall nach Maßgabe der Bevölkerungszahl vorgenommen wird. Angenommen wurde dann noch ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Verwaltungskosten-Beiträge bei Tilgungsdarlehen.

Christel.

Ein Bauernroman

von

Maria Linden.

(9. Fortsetzung.)

Die faule Hanne maulte über die vermehrte Arbeit, obgleich sie sich nach Möglichkeit davon freimachte, aber Libussa ging der Wirtin emsig zur Hand. Hanne war jetzt oft herausfordernd Christel gegenüber, aber die Wirtin verlor äußerlich ihre Ruhe nie.

„Weshalb hast du die schwarze Kuh nich gemolken, Hanne," fragte Christel die faule Magd einst.

„Ich soll mir woll den Schadel*) zu Mus zerschlagen lassen?" gab Hanne in unverschämtem Ton zurück. „Die kann kei Christenmensch melken, wenn sie so bockt!"

Christel hielt der Schwarzen eine Handvoll Kleeheu hin und sprach in beruhigendem Ton einige Worte, dann feuchtete sie ihre Hände mit etwas Milch an und begann zu melken. Die Kuh brummte leise, hielt aber ruhig Stand, und Christel molk sie aus, während Hanne glotzend daneben stand.

„Du siehst, daß sich die Schwarze melken läßt", sagte Christel. „Sie hatte früher entzündete Zitzen, deshalb is sie empfindlich. Ich hab' dir hundert Mal gesagt, du sollst sie mich mit trockenen Händen melken!"

„Nu, da sagen Sie's halt ebens noch einmal!" rief Hanne impertinent aus. „Wenn Sie's schon hundert Mal gesagt haben, kommt es woll auf einmal mehr nich an!"

„Du freches Mensch!" schalt Libussa. „Geh' ich sag' ich Härrn!"

„Geh' und lass' dir ein Klatschgröschel geben!" höhnte Hanne, aber die Böhmin war schon aus dem Stall gerannt und erzählte Exner wütend, wie frech Hanne sich betragen hätte.

Der Bauer kam sofort in den Stall und schrie Hanne an:

„Packe deine Lumpen und scher dich. Ich kann ein so faules, freches Mensch nich brauchen!"

„Was hab' ich denn groß getan?" fragte die Magd weinerlich.

„Du hast meiner Braut Widerparte gegeben," herrschte Exner Hanne an.

„Meine Braut hat hier zu regieren, und wem das nich paßt, der fliegt raus!"

„Ach, ich will es ja nich wieder tun!" gelobte Hanne heulend. „Sie werden mir doch die Schande nich antun, daß Sie mich Knall und Fall fortjagen! Wo ich mei Leben für den Fritzel ließe, und wo ich für den Robertle durchs Feuer gehen täte!"

„Ich hab' nich Lust, mich noch länger mit dir zu ärgern", sagte Exner. „Wenn meine Braut es will, kann sie's meinswegen tun."

„Ach, liebe, gute Wirtin, behalten Sie mich doch!" bat Hanne schluchzend. „Meine Schwester es aus 'm Dienst nachhause gekommen, wenn ich auch noch komme, kriege ich vom Vater Haue!"

„Wenn du deine Arbeit besser machen willst, kannst du bleiben!" sagte Christel, und Hanne legte die weitgehendsten Versprechungen ab.

Der kleine Fritz war ein kluges, schönes Kind. Alle verhätschelten ihn, nur die stille, traurige Mutter nicht. Exner trug das Kind oft umher. Er freute sich, wenn der Kleine bei seinem Eintritt vor Freude krähte.

„Wie gut er seinen Papa kennt!" sagte Exner dann stolz. „Der is anders, wie der tälsche Klotz!"

Der Bauer hielt darauf, daß Fritz stets hübsch gekleidet war; er hatte ihm einen teuren Wagen gekauft, brachte ihm stets etwas aus der Stadt mit und sagte wiederholt:

„Zu Weihnachten gibt's heuer einen schönen Baum, gelt Fritzel? Da wird sich mein Sohndel freuen!"

Am fünfzehnten Oktober trat Libussa mit ihrem Kinde eine Wallfahrt an, von der sie blaß und ganz verstört wiederkehrte. Christel hatte Mitleid mit der unglücklichen Frau. Sie litt es nicht, daß die neugierigen Mägde die Böhmin mit Fragen quälten, erquickte sie mit Speise und Trank und sagte dann freundlich:

„Leg dich schlafen, Liese. Du fällst ja fast um vor Müdigkeit."

Die Böhmin murmelte einen Gutenacht-Wunsch und schlich in das Stübchen, das sie mit Christel bewohnte.

„Der scheint ja die Peterlile gründlich verhagelt zu sein", sagte Hanne schadenfroh, und mitgebracht hat sie uns nicht so viel, wie unterm Kagel Platz hat!"

„N—n—nu e—e—ebens!" stotterte Male, sehr erzürnt über Libussas Mangel an Freigebigkeit.

Christel schabte Mohrrüben zum nächsten Mittagessen. Sie fuhr schweigend in ihrer Arbeit fort, denn sie vermied jetzt jedes überflüssige Wort. In Gedanken hatte sie schon oft an ihre Mutter geschrieben, und ihren Fehltritt bekannt, heute Nacht wollte sie den Brief schreiben. Sie ging immer zuletzt zu Bett, nachdem sie das Haus verschlossen und die Hängelampe in der Küche ausgelöscht hatte.

Hanne stopfte mit hängender Unterlippe ihre sehr zerrissenen Strümpfe, Berta flickte dem Wilhelm, dem sie süße Augen machte, eine Jacke und Male strickte sehr langsam an einem roten Strumpfe. Es war schon neun Uhr vorüber und keine der Mägde brauchte mehr für den Herrn zu arbeiten.

„Doch," sagte Hanne gähnend, „ich bin aber miede! Nee, wenn keene einzigte Mannesperson da is, is es zum Auswachsen! Ich ermachs nich mehr! Ich geh' in die Federn!"

„Ich ooch!" rief Berta und faltete ihre Flickerei zusammen; Male stand gleichfalls auf und die drei Mägde verließen die Küche.

Als Christel ihre Arbeit beendet hatte, wusch sie sich sorgfältig die Hände, dann holte sie aus ihrer Stube Schreibmaterialien und schrieb folgende Zeilen:

Liebes, gutes Muttel!

Ach, ich weiß ja garnich, wie ich anfangen soll. Liebes, gutes Muttel, ich bitte dich von ganzem Herzen um Verzeihung. Ach, ist mir doch bloß nich für immer böse! Ich habe ja Strafe verdient, und will sie auch gern erleiden, wenn du mir dann bloß verzeihst. Liebes, gutes Muttel, seit ich ein Kind habe, weiß ich erst, wieviel du für mich getan hast. Wenn du den kleinen Kerl sehen möchtest, dann tätest du ihm gut sein. Er kann ja auch nichts dafür, daß er lebt. Fritz is sehr gut zu mir und er wird mich nehmen. Den Ring trage ich schonst, bloß zu den ganz schweren Arbeiten ziehe ich ihn ab, daß er nich soll Schaden nehmen. Liebes, gutes Muttel! Verfluche mich bloß nich, denn das könnte auf das Kind fallen und es is doch unschuldig und is so ein schmudes Jungerle, und ich hab es so lieb. Ich muß Tag und Nacht daran denken, wie böse du sei wirst. Ach, liebes, gutes Muttel, erlöse mich doch aus meiner großen Not und schreib mir. Ach, schreib mir doch, daß du mich nich verflichst. Ich will auch alle Tage für dich und für den Johann und für seine Frau und die Kinderchens beten. Ich grüße Euch alle tausendmal und verbleibe

Deine liebe Tochter

Christine."

Langsam schrieb sie die Adresse, dann legte sie sich, wie von einer schweren Last befreit, zur Ruhe.

Es war ein ungewöhnlich wärmer Herbst, der milde Nächte brachte. Exner entließ seinen Hütejungen erst am fünfzehnten November. Ganz ohne jeden Uebergang stellte sich Frost ein, auf den so starke Schneefälle folgten, daß die Wagen Ruheziel bekamen, weil man nur auf Schlitten vorwärts gelangen konnte. Die Fahrt zur Stadt ging jetzt schnell von statten, und Christel freute sich, früher heimkehren zu können.

(Fortsetzung folgt.)

*) Schädel.

Braune Lederfarbe WILBRA färbt alte, unansehnliche Lederschuhe wieder wie neu. In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220512-14/fragment/page=0002

Zur Dienstentlassung verurteilt.

Drei Führer der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten vor der Reichsdisziplinarkammer in Erfurt.

Erfurt, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Heute vormittag 10 Uhr fand vor der Reichsdisziplinarkammer zu Erfurt die Verhandlung gegen den Eisenbahninspektor Menne, Lokomotivführer Thieme und den Eisenbahnsekretär Diblit statt. Die Anklage vertritt Regierungsrat Fritze, den Vorsitz führt Landgerichtsrat v. Seebach, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Sinzheimer (Frankfurt), Justizrat Sonnefeld (Berlin), Justizrat Bahn (Berlin). Diese drei Beamten werden beschuldigt, die ihnen als Reichsbeamte obliegenden Pflichten dadurch verletzt zu haben, daß sie zum Ausbruch und an der Fortsetzung des Eisenbahnerstreiks hervorragend mitgewirkt haben. Regierungsrat Fritze begründet die Anklage mit den schon bekannten Vorgängen vor dem Streik. Menne bestreitet entschieden, geheime Abkünfte abgehalten zu haben, diese seien gesellschaftlicher Art gewesen und haben persönliche Gründe gehabt. Es sei natürlich über Gewerkschaftsfragen gesprochen worden. Der Hauptvorstand habe beschlossen, alle Vorkehrungen für einen Streikfall zu treffen, die Anweisungen sind allerdings geheim gehalten worden. Die Reichsgewerkschaft wäre gezwungen worden, durch Druck von außen vorzugehen und zum letzten Mittel zu greifen, der Druckfam aus der Provinz. Schon bei dem Streik der Eisenbahner mußten die Kollegen der Reichsgewerkschaft zurückgehalten werden. Das Existenzminimum sei bei 75 Proz. der Beamten nicht erreicht worden. Thieme weist auf die Ursache des Streiks hin. Wenn man schon von einem Vertrag sprechen könne, so ist der Vertrag seitens der Regierung nicht eingehalten worden. Man kann auch nicht den Unterschied eines Streiks feststellen mit der Berechtigung, ob er von der Regierung befohlen wird oder nicht. Hinweis auf den Kapp-Putsch. Rechtsanwalt Bahn als erster Verteidiger weist darauf hin, daß die Beamten der Meinung sein konnten, sie seien, nachdem sie vom Reichsverkehrsministerium zur Reichsgewerkschaft beordert waren, nicht mehr Beamte. Nach Groeners Richtlinien sei das Delikt nicht strafbar. Rechtsanwalt Sonnefeld vertritt den Standpunkt, daß, wenn 75 Proz. unter dem Existenzminimum stehen, die Beamten das Recht haben müssen, sich zu wehren, das letzte Mittel im Kampf ist natürlich der Streik.

Dr. Sinzheimer führte folgendes aus: Einen Kompromiß in dieser Frage gibt es nicht. Sie ist rein prinzipiell. Die Verfassung leidet aber unter den damaligen unglücklichen Zuständen, die es nicht zuließen, den Begriff Koalition ausreichend zu definieren. Im Koalitionsrecht liegt als wahrer Begriff das Streikrecht, und die Regierung müsse es als ihre heiligste Pflicht ansehen, hier endgültig Klarheit zu schaffen. Das Gericht möge sich der Auffassung der Verteidiger anschließen und die Angeklagten, die unbestritten im guten Glauben gehandelt haben, freisprechen.

Nach erfolgter Beratung verkündet der Vorsitzende das Urteil mit folgender Begründung: Die Angeklagten waren als Beamte anzusprechen. Auch nach Groeners Auslegung konnte daran kein Zweifel sein. Ein Streikrecht für die Beamten müsse die Kammer verneinen. Freiheit der politischen Gesinnung entbalte noch nicht das Streikrecht, da die Beamten besondere Pflichten haben. Der Erlaß Eberts war der Beschluß der Reichsregierung, und als die Reichsregierung den Streik vereinte, konnte für die Angeklagten der gute Glaube nicht mehr bestehen. Strafversetzung könne nicht in Frage kommen. Die Kammer habe auf Dienstentlassung geurteilt.

Ernst Reuter-Friesland in der „Freiheit"-Redaktion. Laut Verwärts ist in die politische Redaktion der „Freiheit" an Stelle des ausscheidenden politischen Redakteurs Otto Meier Ernst Reuter-Friesland getreten, der erst kürzlich von der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft zur USPD. übertrat. Friesland wurde bekanntlich anfangs dieses Jahres aus der KPD. ausgeschlossen. Er siedelte zur KAG., und mit dieser zur USP. über. Friesland ist neben Davidsohn, dem ehrenwerten Verleumder, sicher die interessanteste Nummer der „Freiheit"-Redaktion. Wir werden weiter sehen.

Versammlung dreier sozialistischer Landesorganisationen. Aus Warschau wird gemeldet: Am 3. Mai fand in Wilna die Versammlung der Sozialdemokratie Litauens und Weißrußlands mit der polnischen statt.

Wirtschaft.

Dollar 285.

Die Börse kann infolge der rasch wechselnden politischen Verhältnisse noch immer keine klare Stellung einnehmen. Am Devisenmarkte zeigen sich noch immer heftige Schwankungen. Bei Beginn der heutigen Börse trat zunächst stärkeres Angebot hervor. Im weiteren Verlauf schritt die Baissespekulation zu Deckungen. Um die Mittagsstunde wurde der Dollar mit 282½ gehandelt. An der Effektenbörse ist das Geschäft fast auf den Nullpunkt zurückgegangen. Man befürchtet Einschränkungen der Spekulationskredite seitens der Banken, da die letzteren auf großen Beständen junger Aktien und Reichsschatzwechsel sitzen, die unter den jetzigen Verhältnissen nur schwer zu realisieren sind. Die Kurse drückeln bei geringstem Angebot ab. Amtlich notierten: Kabel Newyork 285, London 1267½, Holland 10 950.

Gewerkschaftliches.

Delegierten-Konferenz des Essener Bergarbeiter-Verbandes.

Bochum, 11. Mai. (Eigner Drahtbericht.) Die Delegiertenkonferenz des Essener Bergarbeiterverbandes trat heute in Bochum zusammen, um zu den Vermittlungsvorschlägen der Regierung Stellung zu nehmen. Die Konferenz spiegelte in deutlicher Weise die durch fortgesetzte Drangsalierungen der Betriebsräte in den Belegschaften aufgespeicherte Erregung wieder. Die durch die Kurzsichtigkeit der Unternehmer heraufbeschworenen Gefahren können gar nicht ernst genug genommen werden. Wenn es diesmal noch gelungen ist, die allgemeine Arbeitseinstellung zu verhindern, so geschah es lediglich im Hinblick auf den Umstand, daß in wenigen Tagen Schiedsgerichtsverhandlungen über den Reichsmantaltarif und besonders über Richtlinen zum Betriebsrätegesetz stattfinden. Mit 203 gegen 119 Stimmen wurde folgende

Entschließung

angenommen:

„Die heutige Revierkonferenz stimmt dem Vorschlag der Regierungsvertreter zu. Die im Streik befindlichen Kameraden nehmen möglichst sofort, jedoch spätestens bis zum 16. Mai die Arbeit wieder auf. Nach Erledigung der Schiedsgerichtsverhandlungen über den Rahmentarif und die Richtlinien zum Betriebsrätegesetz wird eine Revierkonferenz zu dem Ergebnis Stellung nehmen."

Im Streikgebiet finden heute abend Belegschaftsversammlungen statt, denen diese Entschließung unterbreitet wird.

*

Einigungsverhandlungen im Ruhrgebiet.

Essen, 11. Mai 1922. (Eigener Drahtber.) Die vom Reichsarbeitsministerium angesetzten Verhandlungen mit den Arbeitnehmer-Organisationen im Bergbau und in den Zechenverbänden fanden gestern statt. Die Verhandlungen nahmen infolge des angehäuften Konfliktstoffes, der die Einigung ungeheuer erschwerte, einen äußerst langwierigen Verlauf. Von Arbeitnehmerseite wurde eine große Reihe von Fällen angeführt, in denen die Auslegung des Betriebsrätegesetzes sowie des Tarifvertrages einseitig, zu Ungunsten der Arbeiter vorgekommen ist. Nach 12stündigen Verhandlungen wurde folgender Einigungsvorschlag der Regierung formuliert:

1. Wegen der Feier des 1. Mai 1922 und aus Anlaß der nachfolgenden Streiks finden Maßregelungen nicht statt. Soweit infolge vermeintlicher Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, Entlassungen, Kündigungen oder Nichtwiedereinstellungen von Arbeitnehmern zu verzeichnen sind, entscheidet darüber alsbald ein, vom Reichskommissar in paritätischer Zusammensetzung zu bildender Schlichtungsausschuß.

2. Mit Rücksicht darauf, daß bereits am 17. Mai ds. Js. ein besonderer, vom Reichsarbeitsministerium gebildeter Schlichtungsausschuß über die Neugestaltung des Manteltarifes im Ruhr-Bergbau, also auch über die Frage der Maifeier einen Schiedsspruch zu fällen hat, wird die Frage der Maifeier 1922 dahin geregelt, daß der Spruch dieses Schlichtungsausschusses auch auf die Behandlung der Maifeier 1922 Anwendung findet.

Aus aller Welt.

„Der geschickteste Fälscher des Jahrhunderts".

Der Abteilung Ia der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, durch die Verhaftung des politischen Betrügers „Doktor" Anspach die Quelle, aus der die Entente ihre „sicheren Informationen" für fortgesetzte Noten und endlose Forderungen schöpfte, zu entdecken. Der Betrüger, der seine politischen Fälschungen schon seit zwei Jahren betrieb, war bei seiner Tätigkeit mitunter sehr verwegen, aber manchmal auch wieder außerordentlich vorsichtig. Er ist aber trotzdem nicht vorsichtig genug gewesen, er hat sich nämlich verschiedenen Leuten gegenüber mit seiner Fertigkeit gebrüstet, daß er der geschickteste Fälscher des Jahrhunderts", und durch seine Fälschungen der eigentliche „Leiter der Außenpolitik des Deutschen Reiches" sei. Daß er der geschickteste und auch gemeingefährlichste Fälscher der Jetztzeit ist, kann allerdings nicht abgestritten werden. Er hat es doch durch seine Machenschaften fertig gebracht, daß die Entente an das Deutsche Reich fortgesetzt neue Noten und Forderungen richtete. Das authentische Material, die amtlichen Geheimberichte, die den vielen Noten und Forderungen der Entente immer als Unterlage diente, waren nichts anderes als ungemein geschickte Fälschungen „Doktor" Anspachs. Der Verhaftete behauptet, er habe nur einen Teil der Dokumente gefälscht, andere seien von seinen Helfern gefälscht worden. Es hat sich bereits eine Stenotypistin gemeldet, die die gefälschten Protokolle und Schriftstücke nach dem Diktat des Verhafteten auf diesen Vordrucken in gutem Glauben mit der Maschine geschrieben hat. Bei ihr hatte sich der Fälscher als „Assessor" eingeführt, ebenso wie bei einem Buchdrucker in der Oranienstraße, der ihm auch ohne Arg und Mißtrauen gutgläubig die Vordrucke lieferte. In der Regel spielte der Fälscher den Assessor vom Auswärtigen Amt, er wechselte aber auch mit den Amtsstellen, je nach der Art des Materials, das er gerade bearbeitete. Wer ihm die unzähligen Stempel aller Art angefertigt hat, ist noch nicht bekannt. Er selbst verweigert darüber jede Auskunft. Diese Stempel, unter denen sich zum Beispiel solche von sämtlichen deutschen Reichs- und Staatsbehörden befanden, stellen eine einzigartige Stempelsammlung dar. Den Stempeln entsprechen auch die Vordrucke von Formularen und Geschäftsbogen der Reichs- und Staatsbehörden. Einen Stempel des Reichsarbeitsministeriums hat er so auseinandergezogen, daß er „Arbeits" herausfallen ließ. Durch Einfügung eines neuen Teils oder Zusammenziehung der getrennten Teile und einen Zusatz konnte er nun einen Stempel auf jedes beliebige Ministerium herstellen. Die Untersuchung über die Fälschungen des Verhafteten geht noch weiter.

Radfahrer- Schläuche Mäntel billigst!
Spezialgeschäft H. Bieder, Gr. Steinstraße 35, gegenüber Klinike

Ausserordentlich günstig

kaufen Sie nach wie vor bei uns bestbewährteste Qualitätswaren
und wir beweisen durch das heutige Angebot wiederum unsere große

Leistungsfähigkeit.

Waschstoffe		Damen-Bekleidung		Damen-Hüte		Herren-Artikel	
Schleierstoffe 75 cm breit bestickt und bedruckt . . . Meter	47.50	Weiße Kimono-Blusen reich gestickt 250.00 195.00 122.00	75.00	Sport-Hüte mit flotter Bandgarnitur 75.00 52.00	28.50	Strickbinder vornehme Neuheiten Stück 29.75 22.00	15.75
Schleierstoffe 115 cm breit bestickt und bedruckt . . . Meter	57.50	Jumper-Blusen aus modernen farbigen Waschstoffen 225.00 185.00 125.00	95.00	Fesche Glocken mit Blumen und Bandgarnitur 98.00 45.00	22.50	Selbstbinder moderne Muster Stück 38.50 21.00	12.50
Voll-Voiles grosse Farben- und Muster-Auswahl Meter 12.00 73.00	56.00	Damen-Mäntel aus prima Ripsstoffen, mod. Macharten 975.00 760.00 675.00	485.00	Glasbatist-Hüte schicke jugendliche Formen 220.00 175.00	125.00	Weiche Herren-Kragen Stück 15.65 10.00	4.50
Bedruckte Voiles 115/118 cm breit Meter 92.00 85.00	76.00	Covercoat-Mäntel mit reicher Seidensteppereí 1150.00 875.00 690.00	550.00	Fantasie-Hüte aus Tüll- oder Roßhaarborten 275.00 225.00	175.00	Weiche Serviteurs Stück 22.00 17.50	14.50
Wasch-Etamines in grosser Farben-Auswahl Meter	97.50	Voile-Kleider für Damen, in den neuen Modefarben u. reizenden Mustern 975.00 550.00 825.00	190.00	Backfischhüte kleidsame Formen, reizende Garnituren 125.00 75.00	35.00	Westen-Gürtel Stück 65.00 41.00	33.50

Geschäftshaus **J. LEWIN** Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220512-14/fragment/page=0003

Provinz und Umgebung.

34. Provinziallandtag der Provinz Sachsen.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Beteiligung an den Elektrizitätsunternehmungen.

Merseburg, 11. Mai.

In der heutigen Vormittagssitzung stand ein wichtiges Kapitel zur Beratung. In längeren Artikeln haben wir in der „Volksstimme" bereits auf den Inhalt der Haushaltspläne sowie auch auf die Elektrizitätsversorgung der Provinz hingewiesen. Diese Vorlage beschäftigte gestern den Provinziallandtag.

Sie erfordert 220 Millionen von der Provinz.

Die Provinz ist bisher beteiligt an: Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt, Landelektrizität Halle, Ueberlandzentrale Südharz in Bleicherode, Landkraftwerk Leipzig in Kulkwitz, Kraftwerk Thüringen in Gispersleben und Ueberlandzentrale Mansfelder Seekreis Amsdorf.

Die Sitzung wurde um 9 Uhr durch den Vizepräsidenten Fiedler (Komm.) eröffnet. Die Tagesordnung befaßte sich zunächst mit dem Antrag des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt zu Magdeburg um Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 667 000 Mark. Aus dem Bericht des Referenten Dr. Zehle (Bürg. Ver.) ist zu erkennen, daß 84 Arbeitsämter der Provinz dem Landesarbeitsamt unterstehen. In Verbindung damit stand die Uebernahme des Arbeitsamtes auf die Provinzialverwaltung.

Die Vorlage wird angenommen. Zur Beteiligung des Provinzialverbandes an Elektrizitätsunternehmungen sind bisher 47 350 000 M. bewilligt worden, außerdem Zins- und Tilgungsgarantien in Höhe von 213 Millionen Mark übernommen worden. Bis zum 31. März d. Js. war der Provinzialverband beteiligt an Werkunternehmungen mit 29 674 000 M. Der vorliegende Haushaltsplan für Elektrizitätsversorgung schließt in Ausgaben und Einnahmen mit 22 835 000 M. ab. Angesetzt sind für Beteiligung 20 Millionen Mark (i. V. 30 Millionen Mark), für Darlehen 10 Millionen Mark (i. V. 5 Millionen Mark), dazu für laufende Ausgaben 2 725 000 M. Zu diesem Anschlag, über den Abg. Miller (Dem.) berichtete, liegen zwei Anträge des Provinzialausschusses vor: Zur weiteren Förderung der Elektrizitätsversorgung in der Provinz Sachsen wird der Provinzialausschuß ermächtigt, den Provinzialverband an Unternehmungen, die der

öffentlichen Elektrizitätsversorgung

dienen, in einer weiteren Höhe bis zu 20 Millionen Mark zu beteiligen und eine entsprechende Anleihe aufzunehmen. Ferner wird er ermächtigt, für weitere Darlehen und Unternehmungen, welche der öffentlichen Elektrizitätsversorgung dienen bis zur Höhe von 200 Millionen Mark die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen. Hierüber berichtete Abg. Fick (Bürgerl. Verg.).

In der längeren Aussprache bemerkte Abg. Krentzlein (Bürgerl. Verg.), daß kein einziger Sachverständiger vor Jahren die Ausdehnung der Elektrizitätsversorgung voraussehen konnte. Die Provinz müsse ihre Ueberwachungsrechte bis zum Aeußersten ausdehnen. Das Risiko hält der Redner für nicht so groß wie von anderer Seite befürchtet wurde. Abg. Beims (Soz.) teilte mit, daß seine Fraktion wie früher für die Vorlage stimmen werde. Allein es müsse dafür gesorgt werden, daß die „Esag" die Lieferungen ohne Störung leistet. Bisher habe man unter den stärksten Störungen gelitten. Redner bemängelt es, daß die Provinz nicht einen maßgebenden Einfluß auf die „Esag" besitze, den sie nach ihren finanziellen Leistungen haben müßte. Dieser Einfluß müsse vermehrt werden. Die Continental-Gas-A.-G. habe sogar Interesse daran zum Ausdruck gebracht, mit uns zusammenzuarbeiten. Von kommunistischer Seite hielt der Abg. Bickel eine von dieser Fraktion nicht gewohnte kurze Rede. Wie einer der bürgerlichen Redner, wandte auch er sich gegen die Einschaltung des Zwischenhandels, der die Stromlieferung verteuere. Er beantragte die Beibehaltung des Elektrizitätsausschusses.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Der Oberpräsident hatte um Gewährung eines Zuschusses für das

Institut für praktische Psychologie

in Halle gebeten. Auf Antrag des Berichterstatters des Anstaltsausschusses, Abg. Dr. Adler (B.V.), wurde beschlossen, von den geforderten 600 000 M. ein Drittel zu übernehmen in der Voraussetzung, daß der Staat die anderen zwei Drittel übernimmt.

Die Satzungen der Historischen Kommission für die Provinz Sachsen und Anhalt wurden angenommen. Der Berichterstatter Abg. Rollert (Dem.) rühmte der Historischen Kommission Verdienste, die sie sich mit ihren Veröffentlichungen erworben habe, nach. Schließlich wurden noch auf Antrag des Abg. Fricke (B.V.) einige Rechnungen genehmigt und vom Präsidenten die geschäftlichen Anordnungen für Freitag bekanntgegeben. — Schlußsitzung am Freitag mittag 12 Uhr.

Merseburg. Auszahlung von Teuerungszuschüssen an Kriegsbeschädigte, Militär-Altrentner und Altrentnerinnen, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen. Die Auszahlung der Teuerungszuschüsse für den Monat Mai an oben bezeichnete Personen findet in nachstehender Reihenfolge bei der „Amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene", im Neuen Rathaus, Zimmer 16 und 16a, von morgens 8 bis mittags 1 Uhr statt. A—L am Freitag, den 12. Mai d. Js., M—Z am Sonnabend, den 13. Mai.

Es ist von dem jeweiligen Arbeitgeber eine Bescheinigung über den gehabten Arbeitsverdienst im Monat April, oder über den letzten Wochenverdienst mitzubringen.

Die Kriegsbeschädigten sowohl, als auch die Kriegshinterbliebenen, Waisen, Militäraltrentner und Altrentnerinnen haben sich bei der Empfangnahme der Teuerungszuschüsse entsprechend auszuweisen.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz, für Lokales, Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Karl Garbe, für Provinzielles und Allgemeines: Alfred Stranß; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle.

Damenhüte kaufen Sie billig u. gut bei **Herold & Schröder** **Herrenhüte**

Gr. Steinstr. 33 — Gr. Ulrichstr. 10.

Operetten-Theater
Nur noch ganz kurze Zeit, abds. 7½ Uhr:
„Es zog ein Bursch' hinaus . . .!"
Operette in 3 Akten von Otto Böhme.
Kasse ab ½10 (Tel. 6183) ununterbr. geöffnet.

Tivoli-Theater, Merseburg.
Sonntag, den 14. Mai, abends ½8 Uhr
Mascottchen.
Operette in 3 Akten von Walter Bromme.
Vorverkauf: Tiefer Keller 4, part.

Täglich frische Seefische, Räucherwaren, Marinaden, prima Salzheringe, Sardellen, Kapern, Tafelsenf, Margarine empfiehlt zu billigsten Tagespreisen
Fischhalle
Ammendorf, Regensburgerstr. 12.

Stadt-Theater
Sonnab., den 13. Mai
Anf. 7½. Ed. 10 Uhr
Mignon
Oper v. A. Thomas
Sonntag nachm.
Der eingebildete Kranke
Sonntag abend
Salome

Solbad Fürstental
Echte Schmiedeberger Moorbäder.

Weiche Kragen 13.50

Farbige **Sportvorhemd.** mit passendem Kragen 35.00
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2.

Fahrräder
Ersatz- u. Zubehörteile
Gummibereifung
empfiehlt
P. Krause,
Kleine Ulrichstraße 18a, (hinter Pottel & Broskowski);
Reparatur-Werkstätte mit elektrischem Betrieb.

Herren-Strohhüte
in großer Auswahl bei
J. Kaliga,
Gr. Klausstraße 35.

SPEER
Bruchbänder, Leibbinden, Senkfußeinlagen
Fr. Speer, Halle (Saale),
Große Ulrichstraße 63
Krankenkassenlieferant.

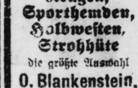
Schlafzimmer
Küchen, Bettstellen, Pat.-Auflege-Matratzen, Sofas, Chaiselongues zu verkaufen
Kurt Hoffmann,
Ludwig-Wucherer-Straße 37,
kein Laden, Hof links.
Nähe Bernburger Straße.

Tel. 1577. Tel. 1577.
Rohstoff-Verwertungs-G. m. b. H.
Domplatz 9
zahlt die höchsten Tagespreise für
Lumpen, Papierabfälle, Zeitungen, Bücher, Felle, Knochen, Wein- u. Sektflaschen, Alteisen u. Altmetalle

Achtung!
Neu eingetroffen pa.
Herren-Anzüge
für Mk. 475.— u. 675.—
Falten-Röcke Mk. 125.—
L. Trabert
Kl. Ulrichstraße 5

Auf Abzahlung!
Anzüge für Herren und Burschen, Damen-Konfektion, Manufakturwaren, Gardinen, Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
Carl Rasemann,
Alte Promenade 35 I.

Grudeöfen
in allen Preislagen bei
Aug. Domke,
Halle, Taubenstraße 9.
Fabrik für Blecharbeiten
— Reparaturen —

Bielefelder
Herren-Wäsche

Kragen, Sporthemden, Halbwesten, Strohhüte
die größte Auswahl
O. Blankenstein,
Leipziger Str. 71.

ANZEIGEN
in der
VOLKSSTIMME
bringen dem Geschäftsmann die Erweiterung des Kundenkreises und Erhöhung des Umsatzes.

Fahrradbereifung
Continental und Exelsior,
Carbid
Automobil Kühn
Halle a. S.

Sehr billig
verkaufe ich
Guterh. Gehrock-Anzug und Smoking-Anzug,
Neuer Herren-Anzug 455 Mk.
Militär-Mantel, Rock, Hosen, Winter-Paletot, Gehrock-Paletot u. v. andere mehr.
Billiger Verkauf bis zum 20. 5.
Hammer, Rathausstrasse 17, Hof I Tr.

Deckt Euren Bedarf an Büchern, Papier u. Schreibwaren
in **Eurer** Buchhandlung,
in der Buchhandlung der **Volksstimme**
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Diese Woche Ausnahmepreise in:

Hammelfleisch	Pfund	33.—
Rindfleisch ohne Knochen	Pfund	40.—
Rindfleisch zum Kochen	Pfund	36.—
Kalbfleisch	Pfund	32.—
Schweinefleisch	Pfund	42.—
Rouladen	Pfund	42.—
Geräucherte Rot-, Leber- und Schwartenwurst	Pfund	42.—
Gehacktes Schweinefleisch	Pfund	40.—
Gehacktes Rindfleisch	Pfund	39.—
Fettes Fleisch und Schmeer	Pfund	52.—
Knackwurst	Pfund	56.— 48.—
Ganz harte Schlack- und Salamiwurst	Pfund	65.—

Robert Hammer,
Kleine Klausstraße 2,
direkt am Markt, gegenüb. der Allg. Ortskrankenkasse.

Amtliche Bekanntmachungen Halle a. S.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten in Halle am **Montag, den 15. Mai 1922,** nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Landverkauf an der Wittekindstraße. 2. Landverkauf am Angerweg. 3. Ablehnung eines Legats. 4. Verwaltungsordnung für die Volkshochschule und Wahl in den Verwaltungsausschuß. 5. Nachbewilligung für die Kämmereirechnung für 1919. 6. Antrag auf Unterstützung kinderreicher Familien. 7. Haushaltsplan Kapitel C.–G.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Keil.

Bekanntmachung.

Der Bezirksausschuß zu Merseburg hat den von den städtischen Körperschaften am **24. Februar — 13.** und **17. März 1922** beschlossenen III. Nachtrag zur Hundesteuerordnung für die Stadt Halle vom 29. Juni 1915 genehmigt.

Der erwähnte Nachtrag liegt im städtischen Büro II — Rathausstraße 19, III, Zimmer 75 — zur Einsichtnahme aus.

Halle, den 10. Mai 1922.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nach § 42 des Einkommensteuergesetzes vom 20. 12. 1921 haben diejenigen Steuerpflichtigen, die bis zum 15. 5. 1922 nicht im Besitz eines Steuerbescheides für das Jahr 1921 sind, **ohne weitere Aufforderung** eine Vorauszahlung in Höhe von einem Viertel der zuletzt festgestellten Steuerschuld am 15. 5. d. J. zu entrichten.

Gehalts- und Lohnempfänger fallen im allgemeinen nicht hierunter.

Annahmestelle ist die städtische Steuerkasse, Rathausstraße 1, 1 Treppe. Soweit die Pflichtigen Abbuchung von Bank- oder Postscheckkonten beantragt haben, verbleibt es bei diesem Verfahren. Im übrigen erfolgt Abholung der Beträge durch die städtischen Erheber.

Finanzamt Halle (Saale) Stadt.

Vergebung

von **Malerarbeiten** in verschiedenen städtischen Gebäuden in mehreren Losen am **19. Mai, vormittags 10 Uhr** Rathausstr. 6 II, Zimmer 106. Dortselbst, vormittags von 8 bis 12 Uhr Angebotsvordrucke zu 2, 3 und 5 Mark erhältlich.

Halle, den 11. Mai 1922.

Städtisches Hochbauamt.

Stellen finden.

Für dauernde Beschäftigung werden gesucht
Kalibergleute,
insbesondere Hauer. Jüngere Förderleute können zu Hauern ausgebildet werden. Kost und Wohnung in Werksanlagen.
Gewerkschaft Sachsen-Weimar,
Unterbreizbach (Rhöngebirge).

Kaufgesuche

Hamsterfelle
kaufen
Gebr. Danglowitz,
Fellhandlung,
Fischerplan 2.

Gold-,
Silber-, Platin-Bruch, Brennstifte, Uhren, Zähne kauft **A. Sparmann,**
Gr. Steinst. 47, neb. Walhalla

Vermischtes

Möbel-Thormann
liefert billigst:
Speise-Zimmer, Schlaf-Zimmer,
Moderne Küchen, Schränke, Vertikos, Tische, Stühle, Sofas, Chaiselongues, engl. und einf. Bettstellen mit gut. Matratze, Kommoden alles in guter Auswahl, verkauft noch billig
Otto Thormann,
Weidenstraße 14.

Vereins-Anzeiger

zur Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen **der Sozialdem. Partei,**

Bezirksverband Halle. Harz 42/44. Fernruf 1611.

Ferner für die dem Allgem. deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen **Gewerkschaften** sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden **geselligen Vereine.**

Halle. Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund Ortsgruppe Halle (Saale). Montag, abds. 6[30] Uhr ab Halle zur Gründungsversammlung der Ortsgruppe Merseburg. Wandergruppe: Sonntag Fahrt nach der Dübener Heide ab früh 5[35] Uhr. Der Vorstand.

Mücheln. Sonntag, den 14. Mai, abds. ½8 Uhr im Restaurant „Zur guten Quelle" Mitgliederversammlung. Da wichtige Vereinsangelegenheiten besprochen werden, vollzähliges Erscheinen erwünscht. Der Vorstand

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220512-14/fragment/page=0004
DFG

Partei-Angelegenheiten.

Ortsverein Halle. Achtung! Betriebs-Vertrauensleute! Am Montag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, findet in Wilsdorfs-Gesellschaftshaus, Karlstraße 14, eine Zusammenkunft der politischen Betriebs-Vertrauensleute statt. Das Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Der Aktions-Ausschuß.

Achtung! Kindergruppe der Arbeiter-Jugend. Heute Freitag von 1/25—1/27 Uhr Volkstänze auf der Peißnitz. Die Parteigenossinnen und -Genossen, sowie alle Leser der Volksstimme werden gebeten, ihre Kinder im schulpflichtigen Alter zu uns zu schicken.

Arbeiter-Jugend. Heute Abend Spiel und Tanz auf der Peißnitz.

Der Vorstand.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, den 12. Mai 1922.

Aus dem Haushaltsausschuß.

Die Etatsberatungen werden fortgesetzt. — Zu niedrige Einnahmen der Stadt aus den Pachtverträgen. — Für dieses Jahr noch kein Flußbad im Norden?

Einige Etatsüberschreitungen aus dem Jahre 1919 im Gesamtbetrage von 10 426 000 Mark werden bewilligt.

Sodann wurde in der Etatsberatung fortgefahren. Zunächst wurde der Theateretat beraten. Die Einnahmen wurden in der Position „Eintrittsgelder" um 400 000 Mark heraufgesetzt, dagegen die aus der „freien Volksbühne" um 300 000 Mark reduziert, weil der Thaliasaal im bisherigen Umfange wahrscheinlich nicht mehr benutzt werden kann. In der Ausgabe wurde der Posten „Reklame" um 100 000 Mark auf 200 000 Mark erhöht, sodaß sich am Gesamtzuschuß von 3 631 000 Mark nichts ändert. Obwohl der Zuschuß — wie übrigens bei allen städtischen Theatern — hoch erscheint, wurde der Etat genehmigt.

Das Kapitel „Grundeigentum" erbringt Gesamteinnahmen von 2 086 000 M. einen Ueberschuß von 769 000 Mk., bei dem großen Grundeigentum der Stadt ein lächerlich geringer Betrag, was in Anbetracht der außerordentlich niedrig verpachteten städtischen Gütern kein Wunder ist. Nach den gewordenen Mitteilungen soll der Pachtstreit vor dem Pachteinigungsamt wieder aufgenommen worden sein. —

Das Kapitel „Hochbauverwaltung" erfordert bei einer Gesamtausgabe von 20 127 000 Mark, immerhin noch einen Zuschuß von 2 294 000 Mark, der noch erheblich höher wäre, wenn nicht schon der Magistrat die Posten für Instandhaltung der Gebäude usw. auf das äußerste eingeschränkt hätte. Trotzdem beantrage die Rechte noch weitere Streichungen; sie wurden, da deren Berechtigung vom Ausschuß nicht anerkannt wurde, abgelehnt. Desgleichen wurde ein Antrag des Gen. Dürfeld, die für Kirchendachreparaturen angesetzten 257 000 M. zu streichen, abgelehnt. Sämtliche einmalige Ausgaben mit Ausnahme von 400 000 M. für Ausbau des Fußbadewesens wurden übertragbar gemacht und dem Magistrat empfohlen, mit der dann bereit gestellten Summe die allernotwendigsten Arbeiten auszuführen und das übrige zurückzustellen. Sodann wurde der Etat angenommen. —

Die Zuschüsse bei der Tiefbauverwaltung betragen insgesamt 9 191 500 Mark. Als neuer Posten wurde noch in den Etat eingestellt die Summe von 1 500 000 Mark für die Erneuerung des Bohlenbelags der Cröllwitzerbrücke. An Einnahmen weist dieses Kapitel insgesamt nur 150 000 Mark auf. —

Das Kapitel „Badeanstalten" erfordert einen Zuschuß von 1 141 000 Mark, wovon auf die Flußbäder 524 000 Mark, das übrige auf das Stadtbad entfällt. Die im Etat vorgesehene Summe von 400 000 Mark soll für

ein Flußbad im Norden

vorgesehen werden. Zweifelhaft ist, ob es in diesem Jahre dazu kommt. Schließlich wurde noch angeregt, beide Bäder in einem Dezernat zu vereinigen.

Das Stadtgesundheitsamt erfordert bei einer Gesamtsumme der Ausgaben von 1 428 800 Mark einen Zuschuß von 1 416 200 Mark. Auch dieser Etat wurde angenommen. —

Weiter wurden noch erledigt die Etats für das Stadtkrankenhaus (Einnahme 1 025 000 M., Zuschuß 282 000 Mark), Nahrungsmitteluntersuchungsamt (Einnahme 223 000 M., Zuschuß 282 000 M.) und Desinfektionsanstalt (Einnahme 17 700 Mark, Zuschuß 823 400 Mark). Heute werden die Etatsberatungen fortgesetzt und hoffentlich zu Ende geführt.

Das Werden Rußlands.

Ueber dies Thema sprach gestern abend im Volkspark der Genosse Abramovitsch-Petersburg. Nach einigen einleitenden Worten, in denen er die Methode bekannt gab, nach der die Untersuchung über die Vorbedingungen und Ursachen des Bolschewismus vor sich gehen sollte, begann er seinen sozziologischen Vortrag mit der Kennzeichnung der ökonomischen Struktur Rußlands gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts. Er führte aus, daß neun Zehntel des russischen Bodens Objekt der Landwirtschaft war. Diese Tatsache wirkte zurück auf den Ausbau der Gesellschaft, deren Wesen sich am besten durch das Wort Feudalsystem kennzeichnen läßt (Hörigkeit, Sklaverei). Die dann folgende Auseinandersetzung mit den Begriffen Revolte und Revolution veranlaßte den Vortragenden, den Beweis zu liefern, daß der Russe wohl Revolten, aber keine Revolutionen zu machen imstande gewesen sei.

Dies Abhängigkeitsverhältnis des Landvolkes engte die Entwicklung in jeder Hinsicht ein. So sehen wir im Vergleich einer europäischen Stadt mit einer russischen, daß sich in der letzteren eine klare Klassenspaltung noch nicht vollzogen hat (Honoratioren, Händler und Krämer, Handwerker). Die typische Erscheinung jener Zeit ist der indifferente Spießer (in des Wortes wahrster Bedeutung).

Da kam eine neue gesellschaftliche Schicht auf, die Intellektuellenschicht des dritten Standes, deren kennzeichnende Merkmale Organisationstalent, Planmäßigkeit sowie tatkräftige Initiative war. — Diese Gruppe sah im Rebellismus seine Lebensaufgabe und versuchte erstmalig Ende der 70er Jahre mit der Rebellenschaft, die sich „Land und Freiheit" nannte, einen Aufstand. Dieser schlug fehl, da die Bauernschaft nicht dafür zu haben war. Auf Grund dieser Erfahrung wollte man nicht mit dem Volk, sondern ohne das Volk für das Volk arbeiten, und es bildete sich „die Volksfreiheit". Das Attentat auf Zar Alexander II. brachte diese Bewegung zum Stehen, auf den toten Punkt.

Während es zu jener Zeit in Rußland weder Industrie noch Industrieproletariat gab, sondern nur örtlich begrenzten handwerksmäßigen Betrieb, also jede Voraussetzung für einen großzügigen Betrieb fehlte, verpflanzten ausländische Kapitalisten, angelockt durch den unerschöpflichen Rohstoffvorrat und die billigen Arbeitskräfte, industrielle Werke nach Rußland und beeinflußten das soziale Leben Rußlands unjeheuer. Die wilden Streiks, die 1880/81 ausbrachen, ließen die Intellektuellenschaft aufhorchen. Ein neuer Weg, neue Kräfte boten sich ihnen und sie begannen ihre organisatorische Tätigkeit unter jenem neuentstandenen Industrieproletariat zu entfalten.

Erst jetzt machten sie sich mit den Lehren des Marxismus vertraut und bekannten sich zu den Sozialisten. Dieses gewaltsame Aufpfropfen bestimmter Betriebsformen auf vollkommen unzureichenden Boden hat den Bolschewismus erzeugt. Wie er sich auswirkt, was sein Erfolg und was sein Mißerfolg sein mußte, wird am kommenden Donnerstag in der Fortsetzung vorgetragen werden.

Die Märzgefangenen und die SPD.

Für 2095 wurde Begnadigung erwirkt!

Wie Ministerpräsident Gen. Otto Braun vorgestern im Hauptausschuß des Preuß. Landtages mitteilte, hat Reichsjustizminister Gen. Dr. Radbruch seine Zusage, die Urteile aus Mitteldeutschland nachzuprüfen, gehalten und in 2095 Fällen eine Begnadigung erwirkt. In den Strafanstalten befinden sich zur Zeit nur noch 200 Bestrafte. Wir hoffen, daß die kommunistische Presse soviel Anstandsgefühl besitzen und ihren Lesern von dieser Tatsache Kenntnis geben wird.

Unter den jetzt noch Inhaftierten befinden sich eine ganze Anzahl gemeingefährliche Schwerverbrecher, welche die Gelegenheit des Putsches zum Rauben, Plündern und sonstigen Verbrechen benutzten.

Die oben genannten Zahlen sprechen für sich. Nachdem unsere Genossen infolge der bestehenden Verhältnisse nicht in der Lage waren, eine allgemeine Amnestie zu erwirken, setzte ein zäher Kampf um jedes einzelne Opfer des kommunistischen Märzputsches ein. Währenddem die kommunistische Presse für die Opfer des kommunistischen Osterwahnsinns nichts weiter übrig hatte und aufbringen konnte, als Schmähungen gegen unsern Genossen Radbruch und den „Verrat" der SPD.-„Geißeln", haben unsere Genossen in intensiver, praktischer Tätigkeit für die Märzopfer gewirkt. Dr Erfolg ist nicht ausgeblieben, denn die Zahl der befreiten Opfer macht 90 Proz. der Gesamtsummeaus. Die Leser mögen nun selbst urteilen, auf welcher Seite die Interessenvertretung für die Arbeiter, auch für arme, verführte Putschopfer, zu finden ist.

Buchergericht.

Ein großer Kampf gegen die Preistreiberei-Verordnung und diejenigen über die äußere Kennzeichnung gewisser Warengattungen scheint sich in diesen Tagen vor dem gen. Gericht abspielen zu wollen. Außer mit Einzelfällen in der letzten Zeit wurde es jetzt mit einer Sache beschäftigt, in der 8 Angeklagte — Zigarrenhändler und eine -händlerin dabei — sich wegen der Uebertretung der erwähnten Verordnungen zu verantworten hatten. (Weitere Fachgenossen werden folgen.) In allen Fällen handelt es sich darum, daß entweder eine Nachbanderolierung (höherwertiger Steuerstreifen) vorgenommen und die Zigarre teurer verkauft wurden (desgl. bei Zigaretten) oder, daß der den Tabakpaketen vom Fabrikanten aufgedruckte Verkaufspreis entfernt und in den meisten Fällen durch einen höheren ersetzt wurde. — Die Angeklagten behaupteten alle, daß sie durch den Verkauf zu den aufgedruckten Preisen nicht die zum Einkauf nötigen Beträge erlangt, also die Käufer nicht in wucherischer Absicht übervorteilt hätten. Grund: Valuta. — Der Verteidiger machte geltend, daß es sich um gesetzl. Bestimmungen handle, die im Kriege herausgegeben seien und reformbedürftig wären. (Das ändert freilich nichts an ihrer heutigen Gültigkeit!) Er betonte ferner, daß s. Zt. der Preisaufdruck auf Wunsch der Händler eingeführt worden sei. Seine Ausführung aber, daß eine Beibehaltung der gedruckten Verkaufspreise die wirtschaftliche Kraft der Konsumenten vernichte, weil es dadurch dem „Schieber" ermöglicht werde, große Zigarren- und Tabaksvorräte aufzukaufen, während alle übrigen die frische teuere Ware kaufen müßten, darf wohl belacht werden. Es gibt doch wohl keinen vernünftigen Menschen, der ernsthaft behaupten wolle, daß völliger oder teilweiser Verzicht auf Tabakgenuß die Erhaltung des Lebens unmöglich mache! — Die Angeklagten wurde daraufhin nur wegen der Uebertretung der Kennzeichnungs-Verordnung verurteilt und auch da nur vier zu einer Geldstrafe von 10, 50, 50 und 90 Mark, bzw. für je 10 Mark 1 Tag Haft.

Achtung! Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Am Sonntag, den 14. Mai 1922 findet von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr in den unten benannten Lokalen die Wahl der Delegierten zum XI. Gewerkschaftskongreß in Leipzig statt.

Wer es ernst mit seiner gewerkschaftlichen Arbeit nimmt, wer für eine gesunde praktische Tätigkeit innerhalb der Organisation ist, der erscheint zur Wahl um seine Stimme anzugeben.

Die Gaue Halle und Erfurt haben sich auf den gemeinsamen Kandidaten

Adolf Heiden-Erfurt

geeinigt.

Kolleginnen und Kollegen erscheint geschlossen zur Wahl. Als Ausweis ist das Mitgliedsbuch vorzulegen.

Wahllokale sind:

Verbandsbüro Drynderstraße 10, Zimmer 3.
Restaurant Produktivgenossenschaft Lerchenfeldstraße.
Restaurant Gewerkschaftshaus Harz 42/44.

Die Ortsverwaltung.

„Zeit für alles" — keine Beleidigung.

Das Reichsgericht hat jetzt in der Berufungsinstanz ein Urteil gefällt, das geeignet ist, der Verleumdungssucht gewisser Leute Tür und Tor zu öffnen. Am 14. Juni v. J. wurden der berüchtigte Hakenkreuzler Dr. Blümel und sein ganz besonderer Gönner, der ehemalige Schriftleiter der „Hallescher Zeitung" wegen Beleidigung des Rektors der hiesigen Universität, Prof. Dr. Menzer, zu 150 Mark bezw. 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde gefunden in einigen Ausdrücken eines Artikels von Dr. Blümel, welchen Böticher in die „Halische Zeitung" aufgenommen hatte. In dem Artikel wurde das Verhalten des Universitätsrektors Prof. Dr. Menzers bei der Begrüßung des Ministers Hänisch in der Aula der Universität auf völkische Art „kritisiert" und diesem der Vorwurf der Gesinnungslosigkeit und Feigheit der Gesinnung gemacht. In den Ausdrücken „Die Art, sich auf alles einzustellen", „fest für alles" und „Pfui" wurde die Beleidigung erblickt. Gegen das Urteil hatten die beiden Angeklagten Revision eingelegt. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück, und zwar an das Landgericht Erfurt, da eine Absicht der Beleidigung aus den genannten Ausdrücken nicht herzuleiten sei.

Fleischverkauf auf der Freibank findet am Freitag, den 12. und Sonnabend, den 13. ds. Mts. von vormittags 8 Uhr und des Nachmittags statt.

Arbeiterbildungsausschuß! Die heute abend im Stadttheater stattfindende Aufführung von Goethes „Faust" beginnt bereits um 7 Uhr, also eine halbe Stunde früher als die sonstigen Vorstellungen. Einige Eintrittskarten sind noch am Eingang links am Tisch zu haben.

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre. Der Kursus des Genossen Jensen über „Vom Kapitalismus zum Sozialismus" findet heute abend im Gesangsaal des Städtischen Lyzeums, Alte Promenade 21 (Eingang Unterberg) seine Fortsetzung. Beginn: 8½ Uhr pünktlich.

Von der Straßenbahn. Freitag dieser Woche werden die Linien 1 und 11 der Straßenbahn von morgens acht Uhr ab bis zur Blindenanstalt geführt.

Gesundheitsbelehrung im Film: Ueber „die Gesundheitspflege des täglichen Lebens" wird am Dienstag, den 16. Mai, abends 8 Uhr, im Reformrealgymnasium (Aula), Friesestr., Herr Stadtarzt Dr. Dohrn (Hannover) einen Vortrag mit Lichtbildern halten. Dabei wird zum ersten Male in Halle der Film vorgeführt „Malchen, die Unschuld vom Lande", der in belehrender Form, teils volkstümlicher, teils scherzhafter Weise alles wiedergiebt, was eine tägliche Gesundheitspflege erfordert. Veranstalter: Ortsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose. Karten zu 5 Mark sind zu haben bei Hothan, Musikalienhandlung, Gr. Ulrichstr., Lippertsche Buchhandlung, Gr. Steinstr. und in der Drogerie Schlüter, Große Steinstraße 6.

Stadttheater. Die heute, Freitag, stattfindende Vorstellung „Faust" beginnt um 7 Uhr. Sonnabend „Mignon". Sonntag nachm. 3½ Uhr Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Der eingebildete Kranke" von Moliere, abends 7½ Uhr „Salome" von Richard Strauß. Montag „Hoffmanns Erzählungen".

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 7½ Uhr, „Was ihr wollt", Lustspiel von Shakespeare zur Aufführung. Eintrittskarten sind an der Kasse des Stadttheaters zu haben.

Hörervereinigung Halle. Am Sonntag, den 14. Mai, Besichtigung des Botanischen Gartens. Treffpunkt: 1/10 Uhr, Kirchtor 1, Ecke Fleischerstr. Referent: Herr Zander. Gäste willkommen.

Der Bund der Auslandsdeutschen, Halle, hält seine Mitgliederversammlung am Sonntag, den 14. Mai 1922, morgens 10 Uhr, in Bauers Bierstube, Rathausstraße 3, ab. Das Erscheinen aller ist Pflicht. Daselbst werden auch jeden Sonnabend von 5—7 Uhr abends Sprechstunden abgehalten.

In der Fasanerie des Zoo. In der Fasanerie herrscht reges Frühjahrsleben. Es brütet schon eine Silberfasanenhenne. Die Goldfasanenhenne legte ebenfalls einige Eier, die ein weißes Bantam-Zwerghuhn bebrüte, weil das Brüten der Fasanenhennen in Gefangenschaft öfters unsicher ist. Die in Deutschland allgemein eingebürgerten Ring- und Jagdfasanen beginnen erst zu legen. Der wundervolle Lady-Amherst oder Diamantfasanhahn treibt seine Hennen, ohne daß diese bisher legen und brüten, weil es zu kalt war. Unsere, in anderen Zoologischen Gärten seltener zur Schau gestellten Strichelfasanen sind erst einjährig und werden im nächsten Jahre fortpflanzungsfähig, so daß der Hahn noch nicht so lebhaft ist, wie bei den obengenannten Arten. Als besonderer weniger auffälliger Schmuck der Fasanerie sind die Haubenhäherlinge vom Himalaja zu nennen, als Kuriosum der kleine Butschi-Schabobahn, eine originelle Zwerghuhnzüchtung mit ganz steilem „Eichhornschwanz", aus Japan. Sehenswert ist noch außer der Ringeltaube, der größten der drei in Deutschland heimischen Wildtauben, das Paar Fasanentauben, denn von dieser Art stammen alle die mannigfaltigen unter sich so sehr verschiedenen Rassen der Haustauben ab. Ihre Heimat ist das Mittelmeergebiet.

Die große Sarasani-Schau — neuauferstanden!

Aus den Trümmern der Plauener Orkankatastrophe vom vergangenen Herbste ist neues Leben erblüht. In Dresden, seinem Stammsitze, hat Hans Stosch-Sarrasani, Deutschlands volkstümlichster Schau-Mann, seine seit 20 Jahren berühmte Zelt-Wanderschau von Grund auf neuhergerichtet und zum ersten Male aufgebaut. Glanzvoller ist kaum je ein Zirkus, ein Schau-Unternehmen aus der Taufe gehoben worden. Minister des Freistaates Sachsen waren erschienen und Dresdens Oberbürgermeister Dr. Blüher machte den ersten Gang durch die Zeltstadt. Die Vorstellung wurde zu einer rauschenden Ehrung für Hans Stosch-Sarrasani. Er feierte ein dreifaches Jubiläum; er ist nunmehr 30 Jahre Artist, 20 Jahre Zirkusbesitzer und 10 Jahre Dresdener Bürger. Zum ersten Male betrat er wieder die Menge, nachdem ihn vor drei Monaten einer seiner Elefanten schwer verletzt hatte. Mit herzlichen Dankesworten verband er das Gelübde, daß er mit allen seinen Kräften sein Unternehmen zum vollkommensten künstlerischen Hochstande entfalten, ein echter Pionier edelster Zirkuskunst sein wolle. Die technisch und künstlerisch hervorragende Sarrasani-Schau, ein Musterwerk deutschen Aufbaugeistes, wird nunmehr von Dresden aus eine Gastspielreise durch Mitteldeutschland und den Freistaat Sachsen antreten.

Provinz und Umgegend.

An die Ortsvereine.

Mit unserem Mitteilungsblatt für den Monat Mai haben wir auch Flugblätter über die neuen Steuergesetze versandt. Bei den hohen Kosten für Drucksachen sind diese Flugblätter nur in beschränkter Auflage gedruckt worden, so daß die versandten in erster Linie an unsere Parteimitglieder zu verteilen sind. Auch der übrig bleibende Rest soll nicht wahllos verteilt, sondern durch unsere Mitglieder an Bekannte, die sich für Politik interessieren, weitergegeben werden. Auf diese Weise wird schon viel Aufklärung über die Steuergesetze geschaffen. Der Inhalt des Flugblatts eignet sich auch sehr gut zu einer Aussprache in den Mitgliederversammlungen. Das wäre sehr nötig, um unseren Mitgliedern dadurch die Möglichkeit zu geben, auf der Arbeitsstelle, im Bureau und bei sonstigen Gelegenheiten, wo sie etwa über die Steuerfragen um Auskunft angegangen werden, kurz unseren Standpunkt darlegen zu können.

Der Bezirksausschuß.

Die Straßenneubauten in der Provinz Sachsen.

Im preußischen Grundsteuerausschuß hatte der Finanzminister v. Richter die Vertagung der Grundsteuerberatung angeregt mit dem Ziel, dieses Gesetz wegen der „günstigen" Finanzlage Preußens als überflüssig erscheinen zu lassen. In seiner Rede stellte der Minister unter anderem auch fest, daß sich eine Erhöhung der Provinzialdotationen nicht umgehen lasse. Besonders diesen Punkt beleuchtete dabei der Landeshauptmann Oeser in folgendem: In der Provinz Sachsen betrugen im Frieden die Kosten der Straßenneubauten 1,165 Millionen, im Jahre 1921 bereits 17,2 Millionen, und im März 1922 waren sie mit 46,6 Millionen veranschlagt. Jetzt müsse man 93 Millionen dafür einsetzen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß für die gesamten Provinzialfonds 207 Millionen Mark eingesetzt wurden,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220512-14/fragment/page=0005

wovon 42 Millionen für laufende Ausgaben für Zwecke der Selbstverwaltung berechnet sind, so kann man ermessen, welche Mehrausgaben erforderlich sind, um den Provinzen nur die notwendigste Hilfe zu leisten. (Welche Argumente man unter diesen Umständen für den Verzicht auf die Milliarden aus der Grundsteuer vorbringen wird, darf man mit einiger Spannung erwarten.)

Ammendorf. Achtung, Eltern! **Freitag, abend 7 Uhr,** öffentliche Elternversammlung im Gasthof Radewell für die Schule II. Die Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, dort zu erscheinen.

Zeitz. **Arbeitsordnung und Betriebsräte.** Die Streitigkeit über die Arbeitsordnung kann als beigelegt, die Unterschriften können geleistet werden. Am 27. April war vor dem Schlichtungsausschuß Termin, dort wurde folgender Spruch gefällt: Antragsteller wird mit seinem Antrag abgewiesen. Gründe: Bezüglich der Arbeitsordnung haben zwischen den Parteien Verhandlungen stattgefunden, die durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 26. Januar 1922 (Akten-Nr. 243) ihre Erledigung gefunden haben. In dem ersten Verfahren sind von dem damaligen und jetzigen Antragsteller die Streitpunkte aufgezählt, die damals bestanden. Der Schlichtungsausschuß steht auf dem Standpunkte, daß durch Schiedsspruch die Angelegenheit endgültig zum Abschluß gekommen ist. Es kann jetzt nach weiteren drei Monaten nicht vom Antragsteller verlangt werden, neue, in seinem Interesse liegende Bestimmungen aufzunehmen. — Die von dem Syndikus des Arbeitgebervereins eigenmächtig eingeschalteten §§ 27, 28 sind somit ungültig.

Eisleben. Die kleine Wiese ist zur Verpachtung für Kleinviehhalter bestimmt. Diese werden geschädigt, wenn Ballspiele darauf veranstaltet werden. Da hieran nicht immer gedacht wird, wird darauf hingewiesen, daß das Betreten der kleinen Wiese ohne besondere Erlaubnis verboten ist. Unbefugtes Betreten der kleinen Wiese wird künftig bestraft werden. Die große Wiese bietet Platz genug für Ausübung des Sportes.

Sangerhausen. **Ein neuer Kreistag.** Der Kreistag, der am 3. Mai infolge des Verhaltens des Abgeordneten Kleine von den sozialistischen Abgeordneten verlassen und infolgedessen beschlußunfähig wurde, ist zum Mittwoch, den 17. Mai, vormittags 9 Uhr, erneut einberufen worden. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung darf kein Abgeordneter der drei sozialistischen Fraktionen fehlen. Am Sonntag, den 14. Mai, vormittags 9 Uhr, findet eine gemeinsame Sitzung aller drei sozialistischen Fraktionen statt. Ort wird noch bekannt gegeben.

Bockwitz. Mitgliederversammlung. Am Freitag, dem 5. Mai, fand im „Volkshause" unsere Mitgliederversammlung statt. Der Kassenbericht wurde vom Kassierer Gen. Hertz gegeben. Da die Kassenverhältnisse mißliche sind, soll von den Mitgliedern monatlich je eine Sondermarke geklebt werden. — Gen. Neßler gab einen ausführlichen Situationsbericht und forderte alle Mitglieder zu eifriger Parteiarbeit auf. — Als Delegierter zur Unterbezirkskonferenz am 14. Mai in Falkenberg wurde der Vorsitzende, Gen. Ullrich, gewählt. Im Behinderungsfall soll Gen. Hertz fahren. Ferner werden an der Konferenz die Genossen Neßler, Thiemann und Heidemüller teilnehmen. — Den Bericht vom Jugendleiterkursus in Delitzsch gab Gen. Heidemüller, während Gen. Dorn vom letzten Kreistag berichtete. Lebhaft wurde die Aussprache beim Wegebau. Es sei versprochen worden, mit dem Ausbau der Straße Mückenberg—Bockwitz im Frühjahr zu beginnen. Bis jetzt sei aber noch nichts davon zu merken. Es ist in der Tatsache geradezu unerhört, daß sich im bevölkertsten Teil des Kreises die schlechtesten Straßen befinden, und es ist doch wohl nur recht und billig, wenn die von den Kohlengruben beim Landabsatz erhobenen Wegegelder vor allem zur Instandhaltung der im Industriegebiet gelegenen Straßen verwendet werden.

Falkenberg. **Holzauktion und Holzverlosung.** Die letzte Holzverlosung fand in der vorigen Woche statt. Es fanden in diesem Jahre 3 Verlosungen statt. 1200 Meter Rollholz und 300 Stangenhaufen wurden verlost. Hinzu kommen noch eine entsprechende Anzahl Reisighaufen, sodaß im großen und ganzen alle Einwohner in diesem Jahre mit billigem Holze aus der Gemeindeforst versorgt worden sind. Der Meter schwankte zwischen 100 und 125 Mark. Es wird höchstwahrscheinlich die letzte Verlosung in diesem Jahre gewesen sein, denn die gesamten bürgerlichen Parteien, Landwirte und Gewerbetreibenden laufen gegen die Verlosung Sturm. „Es wären ungeheure Summen, die der Gemeinde durch die Verlosungen verlustig gingen. Im freien Verkauf würde die Gemeinde mindestens das 3fache erzielt haben und es wäre nicht notwendig gewesen, Grund- und Gewerbesteuer zu erheben." So die Vertreter der bürgerlichen Parteien. Ob es also unserer Partei noch einmal gelingt, bei der heutigen Zusammensetzung des Gemeindeparlaments die Verlosung durchzudrücken, ist schwer zu sagen. Nun, unsere Schuld ist es nicht. Schuld tragen dann diejenigen Wähler, die bei den letzten Wahlen zu Hause blieben oder bürgerlich gewählt haben.

Falkenberg. **Unterbezirkskonferenz.** Sonntag, den 14. d. M., vormittags 11 Uhr, ist im „Preußischen Hof" (Steffen) im Saal die Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks V. Auf der Tagesordnung steht die Generalversammlung sowie wichtige Punkte. U. a. ein Vortrag des Genossen, Landtagsabgeordneter Drescher, und des Genossen Neßler, Magdeburg-Bockwitz. Die Vertreter der Partei aus den Kreisen Schweinitz, Liebenwerda und Torgau sind an diesem Tage in Falkenberg. Die Parteigenossen von Falkenberg können als Gäste an dieser Konferenz teilnehmen, soweit sie nicht Delegierte sind. Wir empfehlen also den Parteigenossen den Besuch der Unterbezirkskonferenz.

Provinz-Chronik.

Durch einen Blitzstrahl getötet wurde die vor dem Ofenloch sitzende Frau des Schneidermeisters Zwicker in Taucha. Der Blitz war durch die Esse gefahren.

Den Freitod suchte durch Erhängen der 80jährige im Hause seines begüterten Schwiegersohnes wohnende verwitwete Landmann Wilhelm Beyer in Raguhn.

Gelandete Leiche. In Mühlberg a. Elbe wurde die Leiche des Kaufmanns Erich Möhle aus Chemnitz gelandet, der Ostern mit einem Freunde von der böhmischen Grenze aus eine Faltbootfahrt auf der Elbe unternommen und bei Meißen gegen einen Brückenpfeiler gefahren war.

Ueberfahren und getötet wurde unter den Augen der eigenen Frau auf dem Bahnhof Weißenfels der 35jährige Erdarbeiter Ignaz Ryba.

66 500 Mark wurden in Bitterfeld bei einer Holzversteigerung für eine Eiche von 9½ Festmetern erzielt.

Keilerei mit Tanzvergnügen. Weil sieben Kirchheuner Musikanten bei einem Fest in Werungsleben für die Tanzmusik ein etwas hohes Entgelt forderten, fielen die Tänzer über sie her und zahlten ihnen eine gehörige Anzahl „russischer Rubel" auf.

Von einem umstürzenden Torflügel erschlagen wurde in Querfurt im Hause des Spediteurs Schmidt am Lederberg der 3jährige Rudi Schlenstedt, der sich hier bei seiner Tante in Pflege befand.

Briefkasten der Redaktion.

Großthiemig. Der Leiter des Baues ist schadenersatzpflichtig, wenn er fahrlässig unterlassen hat, die Beschaffenheit des Grundes nachzuprüfen.

Aus den Parlamenten unserer Städte.

Merseburg, 10. Mai.

Erhebung von weiteren 75 Prozent anstatt 25 Prozent der staatlichen Wohnungsbauabgabe für die Stadt genehmigt!

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Stadtv.-Vorsteher Junker mit, daß auf eine Anfrage beim Reg.-Präs., ob es statthaft sei, das Schulgeld auf den Lehrling abzuwälzen, inzwischen die Antwort eingetroffen ist; das Schulgeld ist vom Lehrherrn zu zahlen. Dem Magistratsantrag auf Erhöhung der Gebühren für Schulzahnpflege dergestalt, daß für jedes durch den Zahnarzt Brandt behandelte Kind jährlich ab 1. April d. J. Mk. 25.—, mit Ausnahme derjenigen Kinder, deren Eltern einer Krankenkasse angehören, zu zahlen sind, wurde zugestimmt. Genosse Krüger ersucht im Interesse der Kinder für die schulärztl. Zahnuntersuchung und -behandlung mehr Propaganda zu betreiben. Vom Magistratstisch aus wird dieses zugesichert. Der Erlaß einer neuen Grundsteuerordnung der Stadt Merseburg wurde zugestimmt. Punkt 10 der Tagesordnung sah die Besteuerung der nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen Wohnhäuser vor. Der Magistratsantrag hierzu lautet: Wohnhäuser, welche nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind oder werden, sollen in der Weise zur Grundsteuer veranlagt werden, daß ¾ des gemeinen Wertes das 50fache des stadtlichne Nutzungswertes ergeben. Die jetzige Festsetzung bedeutet eine wesentliche Vergünstigung gegenüber des bishergien Zustandes. Der Magistratsantrag fand Annahme. Ferner wurde beschlossen: lt. § 66a des Kommunalabgabengesetzes für das Rechnungsjahr 1922 und 1923 die im Vorjahr erhobenen Realsteuerbeträge weiter zu zahlen. Zu 12 der Tagesordnung steht der Magistratsantrag Erhebung von weiteren 75 Prozent der staatlichen Wohnungsbauabgabe. Durch das Reichsgesetz vom 6. Mai 1922 ist die Wohnungsbauabgabe von 5 auf 25 Prozent, für die Gemeinden ebenfalls auf 25 Prozent erhöht worden. Die Gemeinden können anstelle der 25 Proz. bis zu einem Höchstsatz von 75 Proz. heraufgehen. Von diesem Höchstsatz hat der Merseburger Magistrat Gebrauch gemacht. Auch seitens der Stadtverordneten erfolgte kein Widerspruch, wohl in der Annahme, daß der Magistrat sowieso bei Ablehnung diese Vorlage erneut auf das Trapez bringt. Für die Mieter ist das jedenfalls eine große Belastung, zu der noch 25 Prozent Wohnungsbauabgabe für das Reich und ca. 200 Proz. Mietserhöhung nach dem Reichsmietengesetz zu zahlen sind. Milderungen sind vorgesehen. Die Bildung eines Schulausschusses wurde gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen. Hierbei leistete sich der Kommunist Richter wie immer einen derben Schnitzer, von denen er nicht zu belehren ist. Richter lehnte kategorisch namens der K. P. D.-Fraktion den Ausschuß ab. Darauf aufmerksam gemacht, daß die Kommission einstimmig für den Ausschuß war, erklärte Richter, daß die Kommunisten im Ausschuß nicht vertreten sind, mußte sich aber belehren lassen, daß ihr Vertreter Wartemann selbst für die Kommission gestimmt hat. (Das übliche Durcheinander! D. Red.)

Automatisch sind nach jeder Sitzung die Anfragen geworden. Nach Ausführungen des Stadtv.-Vorstehers laufen Gerüchte in der Stadt über den Bau eines Bürohauses umher. Oberbürgermeister Herzog erklärt hierzu, daß die Bebauung des Geländes, wo dieses Bürohaus hinkommen soll, schon längst beschlossene Sache ist. Allgemeines Entsetzen auf den Gesichtern der Demokraten und Kommunisten. In der Debatte gingen deren Vertreter dagegen an und versteiften sich auf den Grünstreifen! Nur der Stadtv. Mahlo (Dem.) macht eine Ausnahme. Der Stadtbaurat zeigt an sachlichen Ausführungen den praktischen Vorteil bei diesem Bau. Genosse Krüger pflichtet dem bei. Merseburg hat soviel Grünanlagen, daß dieses staubgeschwängerte, feuchte und nächtlichem Aufenthalt dienende Gelände bebaut werden kann. Da die kleine Anfrage ins Uferlose zu gehen drohte, verließen um 9 Uhr sämtliche Berichterstatter den Sitzungssaal.

*

Bitterfeld, 10. Mai.

Es wäre empfehlenswert, den Stadtverordneten jedesmal bei Zustellung der Tagesordnung mitzuteilen, daß das akademische Viertel von 6¼ bis 7 Uhr abends angesetzt ist. Dann wäre vielleicht mit einem pünktlichen Beginn der Verhandlungen zu rechnen. Es wehte diesmal ein frischer Zug durch den Saal. Man erging sich nicht in Nebensächlichkeiten, sondern sorgte für eine rasche Erledigung aller zehn zur Behandlung stehenden Punkte, so daß nach knapp zweistündiger Tagung die öffentliche Sitzung schon ihr Ende erreicht hatte. Beschlossen wurde der Bau eines Wohnhauses für das Stadtgut auf dem Gelände der Kläranlage. Neben dem Hofmeister und zwei Landarbeiterfamilien soll dort auch der Stadtschlosser wohnen, damit die Kläranlage unter dauernder Aufsicht steht; denn Langfinger haben dort schon wiederholt ihr Unwesen getrieben. Die Kosten belaufen sich auf 940 000 Mark. — Der Umzäunung des Platzes Innere Bismarckstraße, Ecke Steinstraße, wurde zugestimmt. Es wurde bemängelt, daß bei der Aufschichtung von Baumaterialien wenig Sorgfalt verwendet wird und angeregt, einen Platz zur Verfügung zu stellen, der nicht für jedermann sichtbar ist. — Die Notwendigkeit des Beitritts zum Kommunalverband wurde anerkannt und der Magistrat ermächtigt, die notwendigen Schritte zu unternehmen. — Als Vertreter zur 12. Mitgliederversammlung des Reichsstädtebundes in Bad Oeynhausen sollen Genosse Spengler und Stadtv. Hennig entsandt werden. Berechtigt ist der zum Ausdruck gebrachte Wunsch, die Delegierten zu verpflichten, in einer außerordentlichen Sitzung über die Eindrücke und Verhandlungen zu berichten. — Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Besprechung über die Erhöhung der Entschädigung für Dienstreisen von Mitgliedern der städtischen Körperschaften und Beamten ein. Während die Magistratsvorlage eine Teilung in vier Stufen vorsieht, wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, eine gleiche Entschädigung für alle zu bewilligen; denn es steht fest, daß ein zur Dienstreise Beauftragter aus Besoldungsgruppe 1 bis 5 genau soviel für ein Glas Bier zahlen muß als ein solcher in einer höheren Gruppe. Ein diesbezüglicher Antrag des Genossen Spengler fand deshalb Annahme. — Die Entschädigung für den Schiedsmann wurde von 130 auf 600 Mark erhöht. — Weiter wurde die Wahl zweier Mitglieder der Wohnungskommission vorgenommen. — Der nächste Punkt: Besprechung über die Ortssatzung betr. die Erhebung von Beiträgen zu den Kosten der Anlegung und Unterhaltung von Straßen und Plätzen wird abgesetzt, trotzdem der Verhandlungsleiter darauf aufmerksam macht, daß bereits drei Lesungen stattgefunden haben und nicht mehr viel abgeändert werden kann. So lange nicht ein Weg gefunden wird, die Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen und dadurch die Hausbesitzer zu entlasten, wird die Vorlage ein totgeborenes Kind bleiben. — Die Kosten der Bockhaltung durch Ausführung des Gesetzes vom 14. Dezember 1920 in Höhe von 2616 Mark werden bewilligt. Erledigung fand ferner ein Dringlichkeitsantrag, betreffend Festsetzung der Kosten für Genehmigung zur Errichtung von Masten auf städtischem Gelände für die Fernleitung Zschornewitz—Grube Leopold. Nach Bekanntgabe einiger Eingaben zur Kenntnisnahme hatte die öffentliche Sitzung ihr Ende erreicht. In der sich anschließenden nichtöffentlichen Sitzung sollte noch verhandelt werden über die Eingemeindung der Kolonie bei Werk I nebst Vertragsabschluß mit Griesheim.

*

Delitzsch, 10. Mai.

Fünf volle Stunden währte am Dienstag, den 9. Mai, die Redeschlacht des Stadtparlaments. Dadurch, daß so lange unsere Stadt ohne Stadtväter war, hat sich das Material aufgehäuft und muß erst einmal beseitigt werden. Siebzehn Tagesordnungspunkte standen zur Verhandlung, von mehr oder weniger Wichtigkeit. Bei der Wahl der Abgeordneten zur Tagung des Reichsstädtebundes waren nicht weniger als vier Wahlgänge notwendig. Gewählt wurden schließlich Buhle (U. S. P.) und Voigt (K. P. D.). Der Termin der Stadtratswahl wurde auf den 26. Mai festgesetzt. Längere Aussprache erfolgte bei der Genehmigung des Ortsstatuts für Reisekosten der städtischen Beamten. Schließlich wurde aber die Vorlage des Finanzausschusses (bis 6 Stunden 50 Mark, über 6 Stunden 100 Mark) angenommen. Als die neue Hundesteuerordnung verhandelt wurde, traten sich Hundeliebhaber und Hundegegner scharf gegenüber. Gen. Münzer wünschte eine Erweiterung des Begriffes Wachhunde. Sein Vorschlag wurde dem Magistrat zur Beachtung überwiesen. Sonst wurde der Beschluß des Finanzausschusses, die Steuer auf 150 Mark für den ersten, 250 Mark für den zweiten und 300 Mark für jeden weiteren Hund festzulegen, angenommen. Bei der Beratung der Jagdwaffensteuerordnung forderte die K. P. D. bedeutend höhere Sätze, als vorgeschlagen waren. Sie war auch der Ansicht, daß die Jagdwaffen eine ernstliche Bedrohung der Arbeiterschaft bedeuten. Die Sache schien ins Lächerliche überzugehen, da darauf von U. S. P.-Seite noch höhere Sätze gefordert wurden. Der Vorsteher sah sich gezwungen, erst einmal ganz energisch dazwischenzufahren. Angenommen wurden schließlich die Steuern in Höhe von 50, 75 und 100 Mark. Da bei der Beschlußfassung über den Bau der Krankenhausumfassungsmauer die Linke Regiebau forderte, stellte die Rechte den Antrag auf zweite Lesung. Bei der Besprechung des Ausbaues der Präparandenanstalt forderten die drei sozialistischen Parteien wieder Ausführung in eigener Regie. Gen. Sachse und Schwahn forderten Bereitstellung von Räumen für die Jugendorganisationen, damit die bisherige, ganz unmögliche Unterbringung in Klassen beseitigt würde. Diese Frage wurde aber zunächst noch nicht entschieden. Die Unterstützung der Heimstättengenossenschaft wurde durch die Stimmen der S. P. D.- und bürgerlichen Fraktion genehmigt. Versagt wurde durch die Stimmen der Linken die Bereitstellung des Breiten Turmes zur Anbringung eines Kriegerdenkmals. Es wurde mit Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß die Zeit nicht darnach sei, einigen Interessenten einer „schönen Denkmalsweihe" die Gelegenheit dazu zu geben. Es folgte dann nichtöffentliche Sitzung.

*

Als ich Abschied nahm . . .

Eisleben, 10. Mai.

Die letzte Stadtverordnetensitzung, über die wir bereits kurz berichteten, nahm das Abschiedsschreiben des Oberbürgermeisters Dr. Riese zur Kenntnis. Wir haben s. Zt. seinen Abschiedsgruß in der „Volksstimme" veröffentlicht mit dem Bemerken, nochmal darauf zurückzukommen. Rieses Tätigkeit, sein Wirken und seine Erfolge anerkannte der Vorsteher des Stadtparlaments in einer Weise, die unsere Zustimmung findet. Rieses Wirken ist gekennzeichnet durch verschiedene Werke in unserer Kommune, wie beispielsweise am Elektrizitätswerk und mancher anderen Einrichtung. Er verfügte über umfangreiches Wissen und eine schnelle Auffassungs- und Kombinationsgabe. Am Verhandlungstisch war er Meister und mit großem Geschick operierte er auch in der Nachkriegszeit. Wenn uns auch nicht alles befriedigte, so darf das kein Grund der Nichtanerkennung sein. Seine Einstellung in der Nachkriegszeit ermöglichte ihm ein positives Arbeiten mit dem überwiegend sozialistischen Stadtparlament und trug ihm manche beabsichtigte aber niemals ausgeführte Animosität von bürgerlicher Seite ein. Das Aufbegehren auf jener Seite blieb immer von selbst im Keime stecken. Dem „Ober" zur Seite standen allerdings im Magistrat Männer, die ihm bei seinen Plänen in umfangreichster Weise hilfreiche Hand leisteten, mehr als die Oeffentlichkeit je geahnt hat. Wenn heute die ehemaligen bürgerlichen Stadtverordneten einen besonderen Abend zur Ehrung veranstalten, so ist das anerkennenswert. Wir wollen dabei den Eindruck bekämpfen, als müsse die Person des Scheidenden in letzter Stunde nochmal einer bestimmten Demonstration dienen. An dem Konflikt im Stadtparlament trägt Riese keine Schuld.

Die weiteren Punkte brachten den Verzicht des Mansfeld-Syndikats auf das Grundstück in der Bahnhofsstraße. Ob daraus die Verlegung der Direktion nach Berlin zu schlußfolgern ist, wie das „Tagesblatt" es annimmt, wollen wir heute unerörtert lassen. Zu einer sterbenden Stadt sollen wir ja ohnedies nach der „Mansfelder Volkszeitung" zusammensinken, weil das Mansfeld-Syndikat den Abbau der Erze unter einem Teile der Stadt fortführen will. Wir können uns dieser „sterbenden" Ansicht nicht anschließen, sondern sind der Meinung, daß sich Eisleben in absehbarer Zeit über seine jetzige Größe wesentlich erhebt.

Aus der weiteren Tagesordnung sei, soweit noch nicht berichtet, als wesentlich hervorgehoben die Aufgabe des Baues des geplanten Familienhauses. Die Summe (2—3 Millionen) soll in den Siedlungsbau gesteckt werden. Die Anzahl der neuerstehenden Wohnungen wird dadurch bedeutend erhöht. Die Vorlage über eine Verwaltungsgebührenordnung wird dem Finanzausschuß überwiesen. Wahlen, einige Abänderungen von bestehenden Ordnungen, bedingte Freigabe der Wiese für den Sport, und einige kleine Nebenvorlagen bildeten den Inhalt der Sitzung. Wie bereits berichtet, schwebte in Gestalt eines kommunistischen Antrages auf ein Redeverbot gegen den General Francois der Geist Josephs über dem Raum und erweckte bei einigen Stadtverordneten eine gewisse Geneigtheit . . . .

*

Hettstedt, 10. Mai.

Neun Tagesordnungspunkte blühten den Stadtverordneten am Montag abend. Der Vertrag mit dem Fabrikbesitzer Herold wegen Abtretung eines Streifen Landes zur Verlängerung der Johannisstraße, wird bei einer Stimmenenthaltung angenommen. Recht heiter wirkte ein Vermächtnis der Frau Baluscheck, nach welchem der Stadt 6000 Mk. zufallen, von deren Zinsen jährlich 180 Mark an bedürftige Frauen verteilt werden sollen. Bei der Verteilung soll der Bürgermeister eine Ansprache halten und 10 Mk. dafür bekommen (!!) Außerdem soll die Begräbnisstätte jedes Jahr am 23. April mit Blumen geschmückt, ein schon früher der Stadt geschenkter Garten darf niemals bebaut werden, er soll Ziergarten bleiben und mit einem Denkstein für die Familie Baluscheck versehen werden. (Bescheidenheit ist eine Zier, doch usw.) Die Versammlung lehnte dieses Vermächtnis ab! Der Kriegsbeschädigte Otto Winzerling wollte einen Landstreifen, den die Witwe Pannicke von der Stadt gepachtet hat, kaufen oder pachten. Mit Rücksicht darauf, daß Herr Winzerling vor und hinter seinem Hause einen Garten hat, wogegen Frau Pannicke weder Hof noch Garten hat, wurde beschlossen, daß Frau Pannicke den Landstreifen behält. (Recht so!) Dagegen ist Winzerling aufgefordert, die an der Mauer entlang führende Wasserrinne zu pflastern. Hieran schloß sich die geheime Sitzung.

Genossen, versichert nur bei der Volksfürsorge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220512-14/fragment/page=0006